



400

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

42. Jahrgang

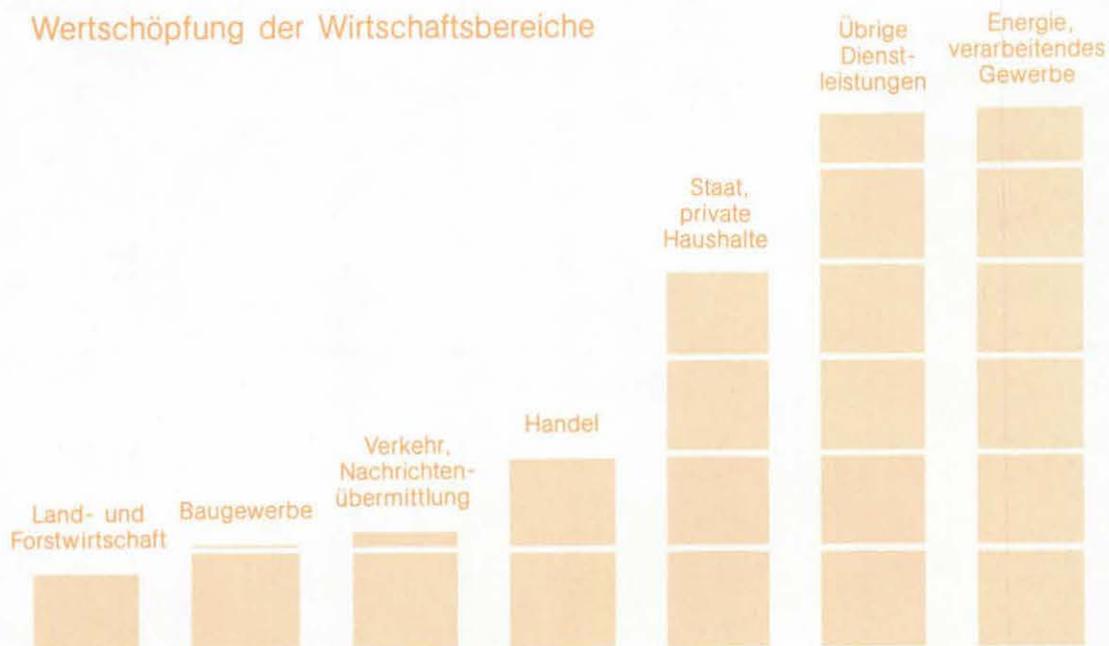
Heft 4

April 1990

Aufsätze: Schleswig-Holstein im Jahre 1989

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Januar 1990		Januar bis Dezember 1989	
Beschäftigte	1 000	172	+ 3,2	169	+ 2,4
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	16	+ 1,3	15	+ 0,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	627	+ 8,7	631	+ 5,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 355	+ 7,0	3 414	+ 6,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 478	+ 7,2	2 595	+ 6,9
Auslandsumsatz	Mill. DM	877	+ 6,6	819	+ 6,7
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 988	- 8,9	2 274	+ 16,2
aus dem Inland	Mill. DM	1 318	- 8,5	1 437	+ 16,0
aus dem Ausland	Mill. DM	670	- 9,7	837	+ 16,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	190	- 6,3
Bauhauptgewerbe ²					
		Februar 1990		Januar bis Februar 1990	
Beschäftigte	1 000	38,7	+ 1,4	38,9	+ 1,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	3,4	+ 0,9	3,4	- 1,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	91,4	+ 4,8	96,2	+ 5,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	261,5	+ 4,7	257,5	+ 2,2
Auftragseingang ³	Mill. DM	203,9	+ 39,6	179,3	+ 23,7
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	652	+ 63,4	628	+ 62,3
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	331	+ 33,5	502	+ 73,1
Einzelhandel					
		Januar 1990		Januar bis Dezember 1989	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	105,7	+ 9,3	105,7	+ 9,3
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	75,1	+ 2,1	75,1	+ 2,1
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	104	+ 6,8	287	+ 8,0
Übernachtungen	1 000	392	- 0,1	1 471	+ 2,7
Arbeitsmarkt					
		Februar 1990		Januar bis Februar 1990	
Arbeitslose	Anzahl	113 530	- 3,6	111 728	- 4,6
Außenhandel					
		Januar 1990		Januar bis Dezember 1989	
Ausfuhr	Mill. DM	1 046,3	+ 13,2
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 308	+ 10,2	9 059	+ 3,6
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	51 801	+ 3,2	51 042	+ 3,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 4/90

	Seite
Aufsätze	
Schleswig-Holstein im Jahre 1989	67
Bevölkerung	68
Schüler und Studenten	69
Arbeitslose	71
Versicherungspflichtig Beschäftigte	72
Flächennutzung	74
Landwirtschaft	74
Verarbeitendes Gewerbe	79
Bauen und Wohnen	83
Handel und Gastgewerbe	86
Fremdenverkehr	89
Verkehr	90
Insolvenzen	92
Steuern	93
Personal im öffentlichen Dienst	94
Preisentwicklung	95
Verdienste und Arbeitszeiten	96
Wirtschaftliches Wachstum	97
Land und Bund im Vergleich	99
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Neu erschienen

Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1989

136 Seiten, Preis 2,50 DM

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 11/1989

Lebensunterhalt der Bevölkerung 1987
Öffentliche Abfallbeseitigung 1987

Heft 12/1989

Lehrerinnen und Lehrer
Gestaltung statistischer Tabellen
Krankheiten der Krankenhauspatienten 1988

Heft 1/1990

Unternehmen und Beschäftigte 1987
Pendler 1987
Verarbeitendes Gewerbe kräftig belebt
Geburtenziffer 1988

Heft 2/1990

Preisindizes für die Lebenshaltung
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Heft 3/1990

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen
Einkommen in den Kreisen aus der Sicht
der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Verarbeitendes Gewerbe 1988:
Investitionsquote leicht gesunken

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Geburtsziffern 1988	1/17
Erwerbstätigkeit	
Pendler 1987	1/14
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Unternehmen und Beschäftigte 1987	1/ 5
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe kräftig belebt	1/16
Verarbeitendes Gewerbe 1988: Investitionsquote leicht gesunken	3/63
Verkehr	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen	3/44
Preise	
Die Preisindizes für die Lebenshaltung	2/24
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	2/36
Die Einkommen in den Kreisen aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	3/44
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1989	4/67



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

42. Jahrgang

Heft 4

April 1990

Schleswig-Holstein im Jahre 1989

Bevölkerung

Schüler und Studenten

Allgemeinbildende Schulen
Berufsbildende Schulen
Hochschulen

Arbeitslose

Versicherungspflichtig Beschäftigte

Flächennutzung

Landwirtschaft

Betriebe und Beschäftigte
Bodennutzung, Erträge, Ernten
Viehbestände
Tierische Produktion

Verarbeitendes Gewerbe

Umsatz
Beschäftigte
Löhne und Gehälter
Energieverbrauch

Bauen und Wohnen

Bauhauptgewerbe
Ausbaugewerbe
Baugenehmigungen

Handel und Gastgewerbe

Ausfuhr
Einfuhr
Einzelhandel
Gastgewerbe

Fremdenverkehr

Verkehr

Kraftfahrzeuge
Unfälle im Straßenverkehr
Binnenschifffahrt

Insolvenzen

Steuern

Staatlich Steuern
Gemeindesteuern

Personal im öffentlichen Dienst

Bund
Land
Kommunen

Preisentwicklung

Preisindex der Lebenshaltung
im Bundesgebiet
Verbraucherpreise

Verdienste und Arbeitszeiten

Wirtschaftliches Wachstum

Land und Bund im Vergleich

Bevölkerung

1989 nahm die Zahl der Eheschließungen nicht weiter zu, sondern ging geringfügig zurück. Dieses kann bedeuten, daß die stetige Zunahme der vergangenen Jahre zum Stillstand gekommen, also ein Höhepunkt in der Entwicklung erreicht ist, was auch aus der Altersstruktur der Bevölkerung erklärlich wäre. 94 % der 17 238 Trauungen fanden zwischen deutschen Partnern statt, 473 deutsche Männer heirateten eine Ausländerin, 499 deutsche Frauen ehelichten einen ausländischen Mann, und in 98 Fällen gaben sich Männer und Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit das Ja-Wort vor dem Standesbeamten.

Obwohl die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren seit 1984 ständig rückläufig ist, gab es 1989 noch einmal mehr Geburten als im Jahr zuvor, was für 1989 auf nochmals höhere Geburtenziffern hindeutet. Mit 27 377 Kindern wurden 67 (+ 0,2 %) mehr geboren als 1988. Auf 1 000 geborene Mädchen entfielen 1 049 Knaben. Der Anteil der von nichtverheirateten Frauen zur Welt gebrachten Kinder stieg 1989 weiter um 0,4 Punkte auf 13,4 %. Interessant bei der Geburtenentwicklung im Berichtsjahr ist, daß die Zahl der geborenen deutschen Kinder zurückging und der Gesamtanstieg auf einen sehr starken Zuwachs bei den Geburten ausländischer Kinder zurückzuführen ist. Es wurden immerhin 211 (+ 17,9 %) ausländische Kinder mehr geboren als im Vorjahr.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

	1988	1989	Veränderungen	
			Anzahl	in %
Eheschließungen	17 273	17 238	- 35	- 0,2
Lebendgeborene	27 310	27 377	+ 67	+ 0,2
Deutsche	26 128	25 984	- 144	- 0,6
Ausländer	1 182	1 393	+ 211	+ 17,9
Nichteheliche	3 559	3 679	+ 120	+ 3,4
Gestorbene	30 424	30 546	+ 122	+ 0,4
Deutsche	30 239	30 340	+ 101	+ 0,3
Ausländer	185	206	+ 21	+ 11,4
im 1. Lebensjahr	185	183	- 2	- 1,1
Mehr gestorben als geboren	3 114	3 169	+ 55	+ 1,8
Deutsche	4 111	4 356	+ 245	+ 6,0
Ausländer	- 997	- 1 187	- 190	+ 19,1
Von 1 000 Lebendgeborenen starben im 1. Lebensjahr waren nichtehelich	6,8 130,3	6,7 134,4	X X	X X

Im Verlaufe des Jahres 1989 starben 30 546 Schleswig-Holsteiner, 122 (0,4 %) mehr als im Vorjahr. Von den

Verstorbenen waren 14 008 männlich und 16 538 weiblich. Die deutlich größere Zahl gestorbener Frauen ergibt sich aus dem sehr viel größeren Anteil der Frauen an der Bevölkerung der Altersjahre mit der natürlich hohen Sterblichkeit. Im ersten Lebensjahr starben 183 Kinder, was einer Säuglingssterblichkeit von 6,7 Kindern je 1 000 Lebendgeborene entspricht. Im Jahre 1989 erhöhte sich der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen insgesamt geringfügig. Bei den Ausländern jedoch hat der bekannt hohe Geburtenüberschuß durch den starken Geburtenanstieg im Berichtsjahr nochmals zugenommen.

Unter den Todesursachen 1989 standen an erster Stelle wieder Krankheiten des Kreislaufsystems, an denen 15 025 Personen (49,2 %) starben, gefolgt von den bösartigen Neubildungen, die 7 353mal (24,1 %) zum Tode führten. An dritter Stelle lagen Krankheiten der Atmungsorgane mit 1 753 Fällen (5,7 %). Aufgrund von Unfällen starben 1 001 Personen, darunter 449 infolge eines Sturzes und 334 durch einen Verkehrsunfall. Todesfälle durch Suizid oder infolge eines Suizid-Versuches kamen 451mal vor.

1989 wurden von den Familiengerichten des Landes 5 434 Ehen gelöst, darunter 5 428 durch Scheidung der Ehe. Die Ehescheidungen gingen um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Von der Trennung der Eltern waren 4 130 Kinder betroffen.

Bevölkerungsentwicklung vom 1. 1. 1989 bis 30. 9. 1989

	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Bevölkerung am 1. 1. 1989	2 564 565	1 236 551	1 328 014
+ Geburten	20 565	10 514	10 051
- Sterbefälle	22 358	10 253	12 105
Überschuß der Gestorbenen	1 793	- 261	2 054
+ Zuzüge	58 840	31 806	27 034
- Fortzüge	43 149	23 080	20 069
Wanderungsgewinn	15 691	8 726	6 965
Saldo aus natürlicher und räuml. Bevölkerungsbewegung	13 898	8 987	4 911
Bevölkerung am 30. 9. 1989	2 578 463	1 245 538	1 332 925

Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik 1989 liegen erst für den Zeitraum Januar bis September vor. Es ist darauf hinzuweisen, daß mit dem noch fehlenden letzten Quartal des Jahres Wanderungsbewegungen mit einem bedeutenden Ausmaß noch nicht in die Statistik eingegangen sind. Vor allem sind die starken Zuzüge von Übersiedlern aus der DDR nach Öffnung der innerdeutschen Grenze noch nicht berücksichtigt.

Gleichwohl waren bis zum 30. September schon 58 840 Personen nach Schleswig-Holstein zugezogen, das sind 9 056 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig verließen 43 149 Einwohner das Land, 2 811 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für die ersten drei Quartale des Jahres 1989 ergab sich also ein sehr hoher Wanderungsgewinn von 15 691 Personen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1988 dagegen hatte der Wanderungsgewinn lediglich 9 446 Einwohner betragen.

Die Geburten und Sterbefälle einbezogen, ergab sich in den ersten drei Quartalen 1989 eine Bevölkerungszunahme von 13 898 Einwohnern auf eine Einwohnerzahl insgesamt von 2 578 463 am 30. September 1989. Davon waren 1 245 538 Männer und 1 332 925 Frauen.

1989 erwarben in Schleswig-Holstein 800 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit, dies waren 157 (+ 24,4 %) mehr als im Vorjahr. Die Gesamtzahl ergab sich aus 302 Anspruchseinbürgerungen, die gegenüber dem Vorjahr um 100 zunahmen, und 498 Ermessenseinbürgerungen, die um 57 zunahmen. Von den neuen deutschen Staatsbürgern sind 412 männlichen und 388 weiblichen Geschlechts. 220 Personen waren unter 20 Jahre alt, 388 im Alter von 20 bis unter 40, 154 im Alter von 40 bis unter 60 und 38 60 Jahre und älter.

Die meisten Ausländer wurden aus einer europäischen Staatsangehörigkeit eingebürgert, und zwar 533. Darunter war die polnische mit 290 am stärksten vertreten, gefolgt von der sowjetischen mit 55, der rumänischen mit 33 und der türkischen mit 29. Wiederum stark vertreten waren asiatische Staatsangehörigkeiten mit 176 Personen und danach Einbürgerungen aus afrikanischen Herkunftsländern.

Schüler und Studenten

1989 besuchten 415 066 Schüler und Studenten die Schulen und Hochschulen Schleswig-Holsteins; 2 % weniger als 1988. Dieser Rückgang ergibt sich aus sinkenden Schülerzahlen im allgemein- und berufsbildenden Schulbereich. Hier sind Veränderungsdaten von - 1 % bzw. - 6 % zu verzeichnen. Die Zahl der Studenten stieg dagegen um 6 %.

Allgemeinbildende Schulen

Am Erhebungsstichtag des Schuljahres 1989/90 (20. 9. 1989) besuchten 275 233 Schüler die öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein. Das sind 1 % weniger als im Vorjahr. Die seit dem Schuljahr 1977/78 zu beobachtende rückläufige Entwicklung der Schülerzahl hat sich damit wie schon in den Vorjahren weiter abgeschwächt.

Schulart	Schülerinnen und Schüler im Schuljahr		Veränderungen	
	1988/89	1989/90	Anzahl	%
Grundschule	93 950	96 392	+ 2 442	+ 2,6
Hauptschule	41 199	39 636	- 1 563	- 3,8
Sonderschule	12 756	12 291	- 465	- 3,6
Realschule	51 370	49 392	- 1 978	- 3,9
Gymnasium	65 127	63 503	- 1 624	- 2,5
Gesamtschule	5 006	5 528	+ 522	+ 10,4
Sonstige	8 748	8 491	- 257	- 2,9
Insgesamt	278 156	275 233	- 2 923	- 1,1

In den Grundschulen hat bereits im dritten Jahr hintereinander die Schülerzahl zugenommen. Die Zuwachsrate von 3 % liegt deutlich über der des Vorjahres (+ 1 %). Im Schuljahr 1989/90 besuchten 96 392 Kinder diese Schulart.

In den Haupt- und Realschulen ging die Schülerzahl um jeweils 4 % zurück. Am Erhebungsstichtag gab es 39 636 Hauptschüler, in Realschulen wurden 49 392 Jugendliche unterrichtet. Die Realschule ist die Schulart mit dem absolut stärksten Schülerrückgang. Deutlich schwächer ist der Rückgang an den Gymnasien (- 2 %). Mit 63 503 Schülern ist diese Schulart nach der Grundschule die am häufigsten besuchte. Ein Drittel der Gymnasiasten wird gegenwärtig in der Oberstufe unterrichtet.

Lediglich an den Sonderschulen verstärkte sich der Schülerrückgang im Vergleich zum Vorjahr. Die Schülerzahl sank um 4 % auf 12 291.

Steigende Schülerzahlen konnten an den Gesamtschulen festgestellt werden (+ 10 %). Dieser starke Anstieg ist bedingt durch die Errichtung von drei neuen Integrierten Gesamtschulen. Diese Schulart wird im laufenden Schuljahr von 2 292 Schülern besucht (+ 15 %). Die Freien Waldorfschulen meldeten einen Anstieg um 8 % auf 3 105 Schüler, und die Schülerzahl in der nichtschulartbezogenen Schulform stieg auf 131 (+ 11 %).

Einen leichten Anstieg verzeichneten die Abendschulen. In diesem Bildungsbereich wurden 1989 1 262 Personen unterrichtet; 2 % mehr als im Vorjahr.

Im vorschulischen Bereich wurden weniger Kinder betreut. Die Zahl der Kinder in Vorklassen und Schulkindergärten sank um 4 % auf 7 229.

Am Ende des Schuljahres 1988/89 verließen 29 820 Schüler nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht die Schulen; 9 738 oder 33 % der Entlassenen erreichten den Hauptschulabschluß. Ein fast gleich hoher Anteil (32 % oder 9 428) erlangte den Realschul- oder einen gleichwertigen Abschluß. 475 (2 %) Schüler verließen die Schule nach Erreichen der Fachhochschulreife, und 7 219 oder 24 % legten das Abitur ab. 2 960 (10 %) Jugendliche beendeten ihre Schulzeit, ohne den Hauptschulabschluß zu erreichen. 1 635 dieser Schüler hatten eine Sonderschule besucht.

Schulart	Schüler- innen/ Schüler im Schuljahr 1989/90	Veränderung gegenüber 1988/89	
		Anzahl	%
Berufsschule für Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis darunter im Berufsgrund- bildungsjahr/kooperativ	70 690	- 5 108	- 6,7
im Berufsgrundbildungsjahr/ schulisch	915	+ 108	+ 13,4
im berufsbefähigenden Jahr	1 316	- 233	- 15,0
in Berufsvorbereitungsmaßnahmen ohne Ausbildung	598	- 134	- 18,3
	2 460	- 403	- 14,1
	702	- 91	- 11,5
Berufsschule zusammen	75 766	- 5 969	- 7,3
Berufsfachschule	9 597	- 678	- 6,6
Berufsaufbauschule	452	- 18	- 3,8
Fachoberschule	1 842	+ 213	+ 14,9
Fachgymnasium	5 519	+ 170	+ 3,2
Berufsakademie	766	+ 73	+ 10,5
Fachschule	4 805	- 59	- 1,2
Schule des Gesundheitswesens	4 006	- 125	- 3,0
Studienkolleg für Ausländer	56	+ 7	+ 14,3
Übrige berufsbildende Schulen zusammen	26 843	- 417	- 1,5
Berufsbildende Schulen insgesamt	102 609	- 6 386	- 5,9

Berufsbildende Schulen

In den öffentlichen und privaten berufsbildenden Schulen wurden am Erhebungsstichtag des Schuljahres 1989/90 (25. 9. 1989) 102 609 Schüler unterrichtet. Das sind 6 % weniger als im Vorjahr.

Fast drei Viertel dieser Schüler besuchen eine Berufsschule. Von den Berufsschülern wiederum besuchen die meisten (70 690 oder 93 %) die Berufsschule für Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis. In diesem

Bereich ging die Schülerzahl um 7 % zurück. Die Zahl der Berufsschüler ohne Ausbildungsverhältnis sank um 15 % auf 5 076.

In den übrigen berufsbildenden Schulen war die Entwicklung unterschiedlich. Die nach der Berufsschule am häufigsten besuchte Schulart, die Berufsfachschule, verzeichnete bereits im dritten Jahr hintereinander einen Rückgang. Hier werden im laufenden Schuljahr 9 597 Schüler unterrichtet (- 7 %).

Rückläufig war die Entwicklung auch in den Schulen des Gesundheitswesens (- 3 %), in den Fachschulen (- 1 %) und in der Berufsaufbauschule (- 4 %). Steigende Schülerzahlen konnten dagegen im Fachgymnasium (+ 3 %), in der Berufsakademie (+ 11 %) und im Studienkolleg für Ausländer (+ 14 %) festgestellt werden. Der relativ stärkste Schülerzuwachs war an den Fachoberschulen (+ 15 %) zu beobachten.

Hochschulen

Im Wintersemester 1989/90 waren an den schleswig-holsteinischen Hochschulen 37 224 Studenten eingeschrieben. Das sind 6 % mehr als im Wintersemester 1988/89, das Bezugszeitraum auch für die folgenden Werte ist. Der Frauenanteil lag unverändert bei 37 %. Die Zahl der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester stieg um 9 % auf 5 583.

An den Universitäten blieb die Zahl der Studenten mit 19 323 nahezu konstant. Davon studieren an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 18 099 (+ 1 %) und an der Medizinischen Universität zu Lübeck unverändert 1 224. An den pädagogischen Hochschulen gab es den höchsten Zuwachs seit dem Wintersemester 1981/82. Die Studentenzahl stieg um 13 % auf 2 408. Davon studieren in Flensburg 736 (+ 19 %) und in Kiel 1 672 (+ 11 %). Ein Anstieg um 8 % auf 375 Studenten ist an der Musikhochschule Lübeck zu verzeichnen.

Die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschule) erhöhte sich um 13 % auf 14 147. In der Fachhochschule Flensburg konnte von allen Hochschulen die höchste Zuwachsrate festgestellt werden. Die Zahl der Studenten stieg auf 2 084 (+ 26 %).

An den übrigen Fachhochschulen sind in Kiel 5 318 (+ 5 %), in Lübeck 2 958 (+ 17 %), in Wedel 1 108 (+ 1 %) und an der Fernfachhochschule Rendsburg 2 679 (+ 22 %) Studenten immatrikuliert. Mit 971 ist die Zahl der Studierenden an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz konstant geblieben.

Hochschulart	Studentinnen und Studenten im Wintersemester 1989/90	Veränderungen gegenüber WS 1988/89	
		Anzahl	%
Universität	19 323	+ 21	+ 0,1
Pädagogische Hochschule	2 408	+ 277	+ 13,0
Kunsthochschule	375	+ 28	+ 8,1
Fachhochschule	14 147	+ 1 626	+ 13,0
Verwaltungsfachhochschule	971	± 0	± 0,0
Insgesamt	37 224	+ 1 952	+ 5,5

Die Verteilung der Studierenden auf die Fächergruppen zeigt, daß die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit einem Anteil von 22 % (8 013 Studenten) stärkste Fächergruppe geblieben sind. Mit 20 % (7 482 Studenten) ist der Anteil der Ingenieurwissenschaften ähnlich hoch, gefolgt von der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften mit 6 695 Studierenden (18 %). Es folgen die Fächergruppen Philosophie/Geisteswissenschaften mit 5 718 (15 %), Medizin mit 3 750 (10 %), Rechtswissenschaften mit 2 182 (6 %) und Agrarwissenschaften mit 2 044 (5 %) Studenten. Am schwächsten besetzt sind die Fächergruppen Kunst/Kunstwissenschaft und Theologie mit 870 (2 %) bzw. 470 (1 %) Studenten. Der Frauenanteil ist in den Fächergruppen Philosophie/Geisteswissenschaften (66 %) und Kunst/Kunstwissenschaft (54 %) am höchsten. Am geringsten ist der Anteil in den Ingenieurwissenschaften (11 %).

Arbeitslose

Das Jahr 1989 brachte auch für den Arbeitsmarkt deutliche Zeichen der Entspannung. Im Jahresdurchschnitt waren 101 174 Männer und Frauen ohne Arbeit. Das waren 7 % oder 7 579 registrierte Arbeitslose weniger als 1988. Damit war der Rückgang im Vorjahresvergleich merklich höher als 1988 (- 2,1 %), 1987 (- 3,3 %) und 1986 (- 2,3 %). 1985 hatte die Arbeitslosigkeit mit 117 465 gemeldeten Personen ihren Höchststand seit den frühen Nachkriegsjahren erreicht. Auch bundesweit war 1989 die Zahl der Arbeitslosen nach geringfügigen Zuwächsen in den vorangegangenen zwei Jahren spürbar rückläufig (- 9,1 %).

Nicht nur die Arbeitslosenzahlen, auch die Zahlen für offene Stellen und Kurzarbeiter weisen auf eine Erholung des Arbeitsmarktes hin. 1989 waren den Arbeitsämtern in Schleswig-Holstein im Jahresdurchschnitt 6 472 offene Stellen gemeldet. Das waren über 13 % mehr als im Vorjahr und damit die meisten seit 1981 (7 903). Die jahresdurchschnittliche Kurzarbeiterzahl belief sich auf 6 502. Mit einem Minus von 18,5 % zum Vorjahr hat sich auch hier der belebende Trend weiter fortgesetzt — wenn auch der Rückgang im Jahr zuvor um zwei Prozentpunkte höher gelegen hatte. Auf Bundesebene war die positive Gesamtentwicklung anhand dieser beiden Konjunkturindikatoren noch deutlicher zu spüren: Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich nahezu halbiert, und die der offenen Stellen hat etwa um ein Drittel zugenommen.

In jedem Monat des Jahres 1989 war die Arbeitslosenzahl deutlich geringer als in allen gleichen Monaten der vorangegangenen Jahre bis einschließlich 1983. Diese Niveaushiftung nahm ihren Anfang im Winter 1988/89. Neben der guten konjunkturellen Entwicklung bewirkte vor allem das ungewöhnlich milde Wetter, daß die Arbeitslosigkeit im Januar nicht in dem Ausmaß anstieg, wie es in den Jahren zuvor zum Jahreswechsel der Fall gewesen war. Insgesamt verlief die Arbeitslosigkeit 1989 saisonal. Im Januar wurde mit 119 375 Arbeitslosen der höchste Monatswert festgestellt. In den Folgemonaten ging die Zahl bis auf knapp 92 000 Arbeitslose im Juni zurück und stieg dann im Juli erneut leicht an. Die Zunahme im Juli ist im wesentlichen auf das Ausbildungsende an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie den Abschluß betrieblicher Ausbildungen zurückzuführen. Im September erreichte die Arbeitslosenzahl mit 90 131 Personen ihren absolut niedrigsten Stand seit September 1982. Bis zum Jahresende stieg die Arbeitslosigkeit nicht nur jahreszeitlich bedingt auf 106 319 an. Zu dieser Zeit wurde die Entwicklung auch durch den Zustrom der Aus- und Übersiedler geprägt. 4 763 Personen meldeten sich allein im Dezember neu arbeitslos, so daß unter den Arbeitslosen zum Jahreswechsel schließlich 9 349 Aus- und Übersiedler waren.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote¹ ist 1989 unter die Zehn-Prozent-Marke gesunken (9,6 %). Im Vorjahr hatte sie noch 10,3 % betragen. Die höchste

1) Die Arbeitslosenquote ist das Verhältnis der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen zu den unselbständigen Erwerbspersonen (erwerbstätige Beamte, Angestellte und Arbeiter — ohne Soldaten — zuzüglich registrierte Arbeitslose). Die Berechnung basiert nunmehr auf den Ergebnissen der Volkszählung 1987 und der Bevölkerungsfortschreibung.

Monatsquote wurde 1989 für den Januar ermittelt (11,3 %). Der September hatte mit 8,5 % die niedrigste Quote vorzuweisen. Auf Bundesebene lag die Arbeitslosenquote 1989 bei 7,9 %.

1989 waren 56 646 der Arbeitslosen Männer. Das ist ein Anteil von 56 %. Gegenüber dem Vorjahr ist ihre Zahl überproportional zurückgegangen (- 8,4 %). Die Arbeitslosenquote der Männer hat sich gleichzeitig um 0,8 Prozentpunkte auf 9,1 % verringert. Auch die Zahl arbeitsloser Frauen ist rückläufig gewesen. 1989 zählte der schleswig-holsteinische Arbeitsmarkt 44 529 weibliche Arbeitslose, 2 404 weniger als 1988. Mit einem Minus von 5,1 % war diese Entwicklung allerdings unterdurchschnittlich. Die Arbeitslosenquote für Frauen hat sich von 10,9 % 1988 auf 10,3 % im Berichtsjahr reduziert.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den Ausländern ist mit 12 % gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 5 310 registrierte Arbeitslose erheblich gewesen. Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit für diese Bevölkerungsgruppe ein zentrales Problem. So betrug die Arbeitslosenquote bei den Ausländern 1989 über 17 %. 1988 waren es sogar 20 % gewesen. Bundesweit betrug die Quote für Ausländer 1989 lediglich 12 % bzw. 14 % im Jahre 1988.

Die Zahl arbeitsloser Angestellter war in den letzten Jahren relativ konstant. 1989 war sie mit 37 091 Personen um 2,9 % niedriger als im Jahr zuvor. Anders war die Entwicklung bei den arbeitslosen Arbeitern. 1985 hatten zu dieser Gruppe noch 78 781 Personen gezählt. Von drei Arbeitslosen waren damals zwei Arbeiter gewesen (Anteil: über 67 %). Bis 1988 war ihre Zahl kontinuierlich zurückgegangen und ist dann um 9,2 % auf 64 083 im Jahre 1989 gefallen. Der Anteil der Arbeiter an den Arbeitslosen hat sich somit zu Lasten des Angestelltenanteils auf 63 % reduziert.

Von der allgemeinen Belebung auf dem Arbeitsmarkt profitierte vor allem die jüngere Generation. Gegenüber 1988 ist die Zahl jugendlicher Arbeitsloser unter 20 Jahren um 1 319 auf 4 287 zurückgegangen (- 24 %). Auch die Altersgruppe „20 bis unter 25 Jahre“ hatte maßgeblichen Anteil am Abbau der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein. 1989 gehörten dieser Altersgruppe 15 401 Arbeitslose an. Das waren 2 812 weniger als 1988 (- 15 %). Diese erfreulichen Veränderungen sind mit der Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt einhergegangen. So werden seit 1987 mehr Berufsausbildungsstellen angeboten als es Ausbildungsplatzbewerber gibt. Dieser Zustand ist jedoch nicht auf ein größeres Stellenangebot zurückzuführen. Maßgeblich

ist eine niedrigere Zahl an Bewerbern, weil insbesondere die Altersgruppe der unter 20jährigen zu den geburtenschwachen Jahrgängen zählt.

Erfreulicherweise hat sich auch die Lage für die älteren Arbeitslosen in Schleswig-Holstein entspannt. 1989 gehörten der Altersgruppe „59 Jahre und älter“ 3 610 Arbeitslose an. Das waren 324 weniger als im Vorjahr (- 8,2 %). Bundesweit hat sich eine demgegenüber ungünstigere Entwicklung bei der Altersarbeitslosigkeit gezeigt. Ihre Zahl war um 1,2 % höher als im Jahr zuvor.

Versicherungspflichtig Beschäftigte

Die Beschäftigtenstatistik erfaßt Arbeiter und Angestellte einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken- oder rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsteile zur Rentenversicherung zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen, die Beamten und die geringfügig Beschäftigten mit einem Verdienst unterhalb der Sozialversicherungsgrenze (1989: 450 DM), einer Wochenarbeitszeit von weniger als 15 Stunden oder einer Gesamtbeschäftigung von höchstens zwei Monaten bzw. 50 Arbeitstagen. Die Arbeitnehmer werden am Beschäftigungsort registriert.

Am 30. 6. 1989 betrug die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 754 353. Verglichen mit dem Vorjahresstichtag ist das eine Zunahme um 11 952 oder 1,6 % gewesen. Die kontinuierliche Aufwärtsbewegung (1985: + 6 000; 1986: + 9 000; 1987: + 14 000; 1988: + 8 000) hat sich damit fortgesetzt, und es ist ein neuer Höchststand seit Bestehen dieser Statistik (1974) erreicht worden. Die Steigerung verteilte sich fast gleichmäßig auf Männer und Frauen: 5 963 Männer und 5 989 Frauen per Saldo fanden im vergangenen Jahr eine neue Beschäftigung.

Die Zahl der Ausländer ist seit 1974 zunächst beständig geringer geworden. Von 35 400 (5,1 % der Beschäftigten insgesamt) fiel die Zahl bis 1987 auf 24 480 (3,3 %). Seit der Zeit stieg der Anteil von ausländischen Arbeitnehmern langsam, aber stetig (1988: 3,4 %) auf nunmehr 3,5 % an.

Dabei lag der Anteil der Frauen bei den ausländischen Beschäftigten mit 33,2 % um ca. 10 Prozentpunkte un-

Versicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.1989 und Veränderungen zum Vorjahr

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Veränderung zum Vorjahr					
				insgesamt		männlich		weiblich	
				Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Beschäftigte insgesamt	754 353	424 677	329 676	+ 11 952	+ 1,6	+ 5 963	+ 1,4	+ 5 989	+ 1,9
darunter Ausländer	26 346	17 591	8 755	+ 1 225	+ 4,9	+ 770	+ 4,6	+ 455	+ 5,5
nach der Stellung im Beruf									
Arbeiter	384 645	280 226	104 419	+ 3 796	+ 1,0	+ 3 082	+ 1,1	+ 714	+ 0,7
Angestellte	369 708	144 451	225 257	+ 8 156	+ 2,3	+ 2 881	+ 2,0	+ 5 275	+ 2,4
nach der Arbeitszeit									
Vollzeitbeschäftigte	657 649	418 226	239 423	+ 9 023	+ 1,4	+ 6 120	+ 1,5	+ 2 903	+ 1,2
Teilzeitbeschäftigte	96 704	6 451	90 253	+ 2 929	+ 3,1	- 157	- 2,4	+ 3 086	+ 3,5

ter dem der deutschen Frauen. Über 40 % aller Ausländer kamen aus der Türkei (Zunahme gegenüber 1988: 5,5 %), rd. 2 000 aus Jugoslawien, je ca. 1 000 aus Italien, Spanien und Portugal.

Das Verhältnis von Arbeitern und Angestellten hat sich immer mehr angeglichen: Am 30. 6. 1977 waren von 100 Beschäftigten noch 57 Arbeiter gewesen. 1987 waren es nur noch 51,3 % und am Berichtstag noch 51 %. Der stärkere Zuwachs war damit auch im vergangenen Jahr bei den Angestellten zu verzeichnen. Ihre Zahl nahm um 2,3 % (8 156) zu. Davon wiederum waren mehr als 5 000 Frauen.

Während sich in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Vollzeitbeschäftigten per Saldo kaum verändert hat, war bei den Teilzeitbeschäftigten im gleichen Zeitraum eine Zunahme um mehr als 46 % zu verzeichnen. Den weit überwiegenden Teil der Teilzeitbeschäftigten (93,3 %) stellten die Frauen. Lediglich 6 500 Männer hatten am Stichtag einen Teilzeitarbeitsplatz. Die Zunahme bei der Teilzeitbeschäftigung des letzten Jahres betrug insgesamt 3,1 %.

In den Wirtschaftssektoren waren die Entwicklungen im Berichtszeitraum recht unterschiedlich: Im Vergleich zum Vorjahresstichtag baute der primäre Sektor (Land- und Forstwirtschaft; Energie, Bergbau) rd. 700 Arbeitsplätze ab, im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe (sekundärer Sektor) wurde eine Gesamtzunahme von über 4 000 Beschäftigten erreicht, die jedoch fast vollständig auf Zuwächse im verarbeitenden Gewerbe fußt.

Der tertiäre Sektor — mit über 450 000 Beschäftigten größter Sektor — hatte einen Gesamtzuwachs von 8 500 Beschäftigten, davon rund 4 500 bei „Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“, 3 000 im Handel

Der tertiäre Sektor — mit über 450 000 Beschäftigten größter Sektor — hatte einen Gesamtzuwachs von 8 500 Beschäftigten, davon rund 4 500 bei „Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“, 3 000 im Handel

Versicherungspflichtig Beschäftigte nach der Wirtschaftsabteilung

Wirtschaftsabteilung	Am 30. 6. 1988	Am 30. 6. 1989	Veränderungen	
			Anzahl	in %
Land- und Forstwirtschaft	20 135	19 355	- 780	- 3,9
Energie, Bergbau	10 914	10 998	+ 84	+ 0,8
Verarbeitendes Gewerbe einschl. „ohne Angabe“	213 612	217 683	+ 4 071	+ 1,9
Baugewerbe	55 953	56 050	+ 97	+ 0,2
Handel	115 990	118 897	+ 2 907	+ 2,5
Verkehr und Nachrichten	35 689	36 472	+ 783	+ 2,2
Banken und Versicherungen	26 486	26 532	+ 46	+ 0,2
Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	168 573	173 069	+ 4 496	+ 2,7
Organisationen ohne Erwerbszweck	18 814	19 404	+ 590	+ 3,1
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	76 235	75 893	- 342	- 0,4
Insgesamt	742 401	754 353	+ 11 952	+ 1,6

Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein-Hamburg

und weniger als 1 000 bei Verkehr und Nachrichten sowie Organisationen ohne Erwerbszweck. Gebietskörperschaften und Sozialversicherung verzeichneten ein Minus von rd. 350. Nahezu unverändert ist die Zahl der Beschäftigten bei den Banken und Versicherungen gewesen.

Flächennutzung

Nach 1979, 1981 und 1985 fand auch 1989 erneut eine Erhebung der Bodenflächen nach ihrer tatsächlichen Nutzung statt.

Von der Katasterfläche Schleswig-Holsteins, die am Erhebungsstichtag 31. 12. 1988 1,57 Mill. ha betrug, waren

11 661 qkm oder 74 % Landwirtschaftsflächen
 1 423 qkm oder 9 % Waldflächen
 730 qkm oder 5 % Wasserflächen

1 542 qkm oder 10 % Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen, Verkehrsflächen
 373 qkm oder 2 % sonstige Grün- und Freiflächen.

Gegenüber der vorhergehenden Erhebung nahm die Landwirtschaftsfläche ab, die Flächen der übrigen Nutzungsarten (zum Teil nur geringfügig) zu.

Ein in der Darstellung der Flächennutzung häufig verwendeter Sammelbegriff ist die „Siedlungsfläche“, die sich aus verschiedenen, hier nicht im einzelnen aufgeführten Positionen des Kataloges zur Flächen-erhebung zusammensetzt.

1989 wurde dieser bisher verwendete Begriff der „Siedlungsfläche“ durch die „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ ersetzt und neu definiert. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche faßt nunmehr die Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbau-land), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhofsfläche zusammen. Ihr Anteil umfaßte 1988 161 000 ha oder 10 % der Katasterfläche.

Landwirtschaft

Betriebe und Beschäftigte

Die Entwicklung der Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe zu weniger und größeren Betrieben setzte sich in Schleswig-Holstein intensiv fort. Im Mai 1989 bewirtschafteten 28 400 landwirtschaftliche Betriebe eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 1 ha und mehr, das waren 600 Betriebe oder 2 % weniger als vor einem Jahr. Außerdem gab es gut 1 900 Forstbetriebe mit einer Waldfläche von 1 ha und mehr, von denen 110 eine Waldfläche von mindestens 50 ha hatten. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Größenklasse unter 10 ha LF, auf die 30 % aller landwirtschaftlichen Betriebe entfielen und bei denen es sich vor allem um spezialisierte Gartenbau- und Veredlungsbetriebe, Nebenerwerbsbetriebe, Resthöfe und Hobbybetriebe handelt, hat sich in Jahresfrist unwesentlich verändert. In der Größenklasse von 10 bis 50 ha LF verringerte sich die Zahl der Betriebe um 6 %, während die der Betriebe mit 50 bis 75 ha stagnierte und die mit 75 und mehr ha LF um 4 % zunahm. Im Größenbereich von 50 bis 100 ha LF waren die Veränderungen regional unterschiedlich, in ackerbaulich ausgerichteten Gebieten (Dithmarscher Marsch, Nordoldenburg/Fehmarn) waren die Betriebszahlen auch hier rückläufig. Nahezu zwei Drittel der LF des Landes wurden von Betrieben mit 50 und mehr ha LF bewirtschaftet und allein knapp ein Viertel von denen mit 100 ha und mehr.

Landwirtschaftliche Betriebe¹ ab 1 ha LF

Größenklassen von ... bis unter ... ha LF	1980	1988	1989	Veränderung in %	
				1980 bis 1988 pro Jahr	1989 gegen- über 1988
	in 1 000				
1 - 10	8,7	8,6	8,5	- 0,3	- 0,0
10 - 20	3,9	3,0	2,8	- 3,4	- 6,4
20 - 30	5,2	3,3	3,0	- 5,6	- 7,0
30 - 40	5,0	3,5	3,3	- 4,3	- 6,6
40 - 50	3,7	3,0	2,9	- 2,8	- 3,0
50 - 75	4,2	4,7	4,7	+ 1,3	- 0,2
75 - 100	1,2	1,7	1,8	+ 4,4	+ 2,2
100 - 150	0,7	0,9	1,0	+ 4,3	+ 8,1
150 - 200	0,2	0,2	0,3	+ 4,3	+ 5,8
200 und mehr	0,2	0,3	0,3	+ 1,6	+ 4,2
Insgesamt	33,0	29,0	28,4	- 1,6	- 2,1

1) Hauptproduktionsrichtung (HPR) Landwirtschaft einschließlich Gartenbaubetriebe

Der betriebliche Schwerpunkt lag 1989 bei 18 700 Betrieben im Futterbau, bei 6 200 im Marktfruchtbau, bei 1 400 in der Veredlung, und 400 waren Gemischtbetriebe. Im Vergleich zur vorhergehenden agrarstrukturellen Erhebung im Jahre 1987 hat aufgrund der rückläufigen Schweinehaltung die Zahl der Veredlungsbetriebe und die der Gemischtbetriebe relativ stark abgenommen. Dies besagt nicht, daß diese Betriebe aufgelöst wurden; bei Aufgabe eines Betriebszweiges erfolgt häufig eine andere betriebssystematische Zuordnung.

Gemessen an der betrieblichen Einkommenskapazität lag bei einem Drittel der Betriebe das Standardbetriebseinkommen unter 10 000 DM, und bei nur knapp der Hälfte der Betriebe überstieg es den Wert von 50 000 DM. Dementsprechend sind zahlreiche Betriebsinhaber und ihre Ehegatten auf außerlandwirtschaftliche Einkommens- und Unterhaltsquellen angewiesen. Bei 35 % der Betriebe war das außerlandwirtschaftliche Einkommen größer als das aus dem landwirtschaftlichen Betrieb (Nebenerwerbsbetriebe). Aber auch in nahezu jedem zehnten Haupteinwerbungsbetrieb gingen der Betriebsinhaber oder sein Ehegatte einer Erwerbstätigkeit außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes nach.

Bei einer Betriebsaufgabe freigesetzte Flächen werden überwiegend von den verbleibenden Betrieben auf dem Wege des Kaufs und besonders der Pacht übernommen. 38 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen waren 1989 Pachtflächen gegenüber 30 % vor 10 Jahren. Sie verteilten sich auf 17 800 Betriebe.

Mit einer weiterhin rückläufigen Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben hat sich auch die Zahl der auf den Betrieben beschäftigten familieneigenen und familienfremden Arbeitskräfte in Jahresfrist weiter verringert. Insgesamt lebten im April 1989 83 000 zur Familie des Betriebsinhabers gehörige Personen auf den landwirtschaftlichen Betrieben ab 1 ha LF. Von diesen waren 52 000 — 6 % weniger als im Vorjahr — mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt. 59 % der 28 000 Betriebsinhaber und 22 % der 24 000 mithelfenden Familienangehörigen waren auf dem landwirtschaftlichen Betrieb vollbeschäftigt. Mehr als jeder vierte Betriebsinhaber war gleichzeitig anderweitig erwerbstätig. Auf den landwirtschaftlichen Betrieben wurden außerdem (einschließlich Haushalt) 8 300 (Vorjahr: 9 000) ständige und 3 400 (Vorjahr: 2 900) nichtständige familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt. Der durchschnittliche Gesamtarbeitskräfteeinsatz in Arbeitskräfteinheiten je 100 ha LF verringerte sich auf 3,6 gegenüber 3,8 im Jahre 1988 und noch 4,6 vor zehn Jahren; in Betrie-

ben ab 100 ha LF ging er seit 1979 von 2,4 auf bereits 1,9 zurück.

Arbeitskräfte¹ in den landwirtschaftlichen Betrieben² in 1000

Personenkreis	April		
	1980	1988	1989
Betriebsinhaber	32,0	28,4	27,9
davon vollbeschäftigt	21,6	17,3	16,6
darunter 55 Jahre und älter	4,0	4,6	4,2
teilbeschäftigt	10,4	11,1	11,3
darunter 55 Jahre und älter	3,5	4,5	4,1
Familienangehörige	33,6	26,7	24,1
davon vollbeschäftigt	6,7	5,4	5,4
teilbeschäftigt	26,9	21,3	18,7
Ständige familienfremde Arbeitskräfte	8,8	8,7	7,9
davon vollbeschäftigt	7,5	7,3	6,4
teilbeschäftigt	1,3	1,4	1,5

1) mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt (ohne Berücksichtigung der Haushaltstätigkeit)

2) HPR Landwirtschaft ab 1 ha LF einschließlich Gartenbaubetriebe

Erstmals seit der Landwirtschaftszählung 1979 wurde die Berufsausbildung der Betriebsinhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen der EG-Strukturerhebung 1989 wieder erfaßt. Danach wiesen 18 000 oder gut 6 von 10 Betriebsinhabern eine abgeschlossene landwirtschaftliche Berufsausbildung auf, darunter 12 000 eine über die Grundausbildung (Berufsschule/Lehre) hinausgehende umfassende landwirtschaftliche Ausbildung (Landwirtschaftsschule, Meisterprüfung, Höhere Landbauschule, Fachhochschule oder Universität). Weniger als 11 000 Betriebsinhaber hatten keine landwirtschaftliche Ausbildung mit Abschluß und bewirtschafteten ihre Betriebe anhand praktischer Erfahrungen.

Bodennutzung, Erträge, Ernten

Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe des Landes bewirtschafteten im Mai 1989 eine — gegenüber dem Vorjahr nur insgesamt geringfügig kleinere — Fläche von 1,29 Mill. ha oder 82 % der Gebietsfläche des Lan-

des. Von dieser selbstbewirtschafteten Gesamtfläche der Betriebe entfielen 1,075 Mill. ha (83 %) auf die landwirtschaftliche, 141 000 ha (11 %) auf die forstwirtschaftliche und 72 000 ha auf eine sonstige Nutzung (u. a. Gewässer und Gräben, Hof- und Wegeflächen, Öd- und Umland). Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) waren 482 000 ha (45 %) Dauergrünland, 584 000 ha (54 %) Ackerland und 9 000 ha Baumschulflächen, Obstanlagen sowie Haus- und Nutzgärten der Betriebe. In allen vier Hauptnaturräumen erhöhte sich der Anteil des Dauergrünlandes an der LF zu Lasten der Nutzung als Ackerland. Nur im Hügelland dominierte das Ackerland mit einem Anteil an der LF von 77 %, während das Dauergrünland in der Marsch mit 52 %, der Vorgeest mit 61 % und der Hohen Geest mit 65 % das Übergewicht hatte.

Auf der gegenüber 1988 leicht eingeschränkten Ackerfläche wurden im Berichtsjahr 336 000 ha Getreide, 102 000 ha Ölfrüchte, 3 000 ha Hülsenfrüchte, 26 000 ha Hackfrüchte, 6 000 ha Gemüse und 90 000 ha Ackerfutterpflanzen angebaut. Nach einer in Jahresfrist in Kraft getretenen EG-Verordnung zur Stilllegung von Ackerflächen wurden im Berichtsjahr 18 000 ha Ackerland — unter Gewährung einer Stilllegungprämie — nicht mit Feldfrüchten bestellt; sie waren entweder Brachflächen oder dienten einer Aufforstung, einer Umwandlung zu extensivem Grünland oder einer besonderen nichtlandwirtschaftlichen Nutzung (Natur- und Landschaftspflege, Golfplatz o. ä.).

Als Folge dieser Stilllegung von Ackerflächen sowie einer um 9 % ausgeweiteten Ölfruchtanbaufläche ging die Getreideanbaufläche in Jahresfrist um 28 000 ha oder 8 % stark zurück, so daß sich der Anteil der Halmfrüchte an der Ackerfläche auf 58 % weiter verringerte. Dabei nahm die Fläche mit Winterweizen noch geringfügig auf 175 000 ha zu, während der Anbau der beiden anderen Wintergetreidearten Roggen (– 7 %) und Wintergerste (– 10 %) und aufgrund günstiger Aussaatbedingungen im Herbst 1988 die Fläche mit Sommergetreide um ein Drittel besonders stark zurückgingen. Insgesamt wurden 218 000 ha, 1 % weniger als 1988, mit Brotgetreidearten (Roggen, Weizen) und 118 000 ha, 18 % weniger als 1988, mit Futtergetreidearten (Gerste, Hafer, Triticale) bestellt. Beim Anbau von Hülsenfrüchten halbierte sich die Fläche mit Futtererbsen wie im Vorjahr nochmals, während sich die mit Ackerbohnen leicht vergrößerte. Die Hackfruchtfläche veränderte sich insgesamt nur unwesentlich, wobei eine kleinere Fläche mit Zuckerrüben und eine größere mit Kartoffeln bestellt wurde. Nach einer vorübergehenden Ausweitung im Vorjahr ging die Gemüseanbaufläche in Jahresfrist wieder leicht zurück,

darunter im wesentlichen die Fläche mit Kopfkohl (– 10 %). Beim Anbau von Futterfeldfrüchten verringerte sich nur die Silomaisfläche um 2 % auf erstmals seit 1985 wieder unter 50 000 ha, während die Flächen mit Klee, Klee- und Feldgras sowie mit Futterhackfrüchten etwa gleich groß blieben. Mit einer auf 578 000 ha leicht angestiegenen Hauptfutterfläche (Futterhackfrüchte, Futterpflanzen auf dem Ackerland, Dauergrünland) lag der Schwerpunkt der Bodennutzung eindeutig im Futterbau mit seiner flächenabhängigen Nutztierhaltung (Rinder, Schafe). Der Erzeugung von Marktfrüchten (Getreide, Handelspflanzen, Hülsenfrüchte, Hackfrüchte, Gemüse) dienten 469 000 ha, 22 000 ha oder 4 % weniger als 1988.

Nach einer frühen Ernte konnten im Herbst 1988 alle Winterfeldfrüchte termingerecht ausgesät werden und, bis eine kurze Kältephase Ende November einsetzte, sich üppig entwickeln. Ein ausgesprochen milder Winter ließ die Wintersaaten kaum zu einer Vegetationsruhe kommen und keine wesentlichen Auswinterungsschäden entstehen. Reichliche Niederschläge im Zeitraum Februar bis Ende April verschlammten die Böden und führten zu zeitweiser Wasserübersättigung von Senken, Niederungen und bindigen Böden, wodurch ungünstige Bedingungen für die Bestellung im Frühjahr entstanden. Infolge anhaltend warmer Witterung setzte die Vegetationsentwicklung sehr früh ein und bewirkte bei allen Kulturen einen Wachstumsvorsprung bis zur Ernte. Eine ausgeprägte Vorsommertrockenheit im Mai/Juni beeinträchtigte auf leichten Böden die Entwicklung des Sommergetreides und vorübergehend auch die des Grünlandes, der Hackfrüchte und des Gemüses, während die Winterfeldfrüchte während ihrer Hauptwachstumsphasen (Schossen bis Blüte) meist die Winterfeuchtigkeit bis in tiefe Bodenzonen zu nutzen vermochten. Im Sommer und Herbst fanden Zuckerrüben, Silomais, Spätgemüse und Grünland gute Wachstumsbedingungen vor. Günstige Witterungsverhältnisse während der Abreife ließen eine problemlose und qualitativ meist sehr gute Ernte aller Feldfrüchte und im Futterbau zu. Infolge Nässeschäden in Niederungen und Senken, Trockenschäden auf leichten Böden sowie eines unterschiedlichen Schädlings- und Pilzbefalls (u. a. Gelbverzwergungsvirus bei Winterweizen) bestanden erhebliche standortbedingte Ertragsunterschiede.

Im Berichtsjahr wurde im Getreidebau der bisher höchste Durchschnitts-Hektarertrag von knapp 70 dt/ha erzielt. Dabei erbrachten jedoch nur die anteilmäßig — mit 88 % — dominierenden Wintergetreidearten überdurchschnittliche, darunter Roggen und Wintergerste ihre bisher höchsten Hektarerträge. Mit 83 dt/ha im

Frucht-/Nutzungsart 1989	Anbau- flächen 1 0000 ha	Erträge dt/ha	Ernten 1 000 t
Getreide (ohne Körnermais)	336	70	2 342
darunter			
Winterweizen	175	76	1 324
Sommerweizen	2	51	8
Roggen	41	51	210
Wintergerste	79	83	653
Sommergerste	16	36	57
Hafer	22	39	85
Raps und Rübsen	101	38	385
darunter Winterraps	100	38	382
Futtererbsen ¹	2	35	6
Ackerbohnen ¹	1	40	5
Kartoffeln	4	318	141
Zuckerrüben	16	472	753
Runkelrüben	5	858	445
Kopfkohl ²	2	932	224
Grün-/Silomais	50	388 ^a	1 936 ^a
Klee-/Feldgras	40	91 ^b	362 ^b
davon			
Klee/Kleegras	3	82 ^b	22 ^b
Feldgras	37	92 ^b	450 ^b
Dauerwiese	118	78 ^b	920 ^b
Mähweide	90	80 ^b	716 ^b

1) zum Ausreifen

2) Weißkohl, Rotkohl, Wirsing

a) Grünmasse

b) Schnitt- und Weidennutzung, als Heu bewertet

Landesmittel war die Wintergerste erstmals ertragsstärkste Getreideart. Der bisher alle anderen Arten überragende Winterweizen — angebaut auf gut der Hälfte der gesamten Getreidefläche — übertraf mit 76 dt/ha nur geringfügig den mehrjährigen Durchschnitt und lag um 5 % unter den bisher höchsten, in den Jahren 1986 und 1988 erzielten Hektarerträgen (80 dt/ha). Bei den Sommergetreidearten Hafer und Sommergerste, deren Anteil an der Getreidefläche nur gut ein Zehntel ausmachte, wurden aufgrund der anhaltenden Vorsommertrockenheit sehr niedrige Hektarerträge erzielt, die um etwa ein Sechstel unter denen des Vorjahres lagen. Auf der in Jahresfrist erheblich eingeschränkten Getreidefläche des Landes wurden 2,34 Mill. t Getreide — darunter mehr als die Hälfte (1,33 Mill. t) Weizen — geerntet. Das waren 6 % weniger als im Vorjahr, aber 3 % mehr als im Mittel der vorhergehenden sechs Jahre.

Der Winterraps erreichte mit 38 dt/ha einen neuen Höchstertag. Bei gleichzeitig ausgeweiteter Anbaufläche stieg die Erntemenge an Raps und Rübsen gegen

über dem Vorjahr und dem mehrjährigen Durchschnitt um ein Drittel auf erstmals 385 000 t an. Wie in den Vorjahren erwiesen sich auch 1989 die Ackerbohnen als ertragsstärker und -sicherer als die Futtererbsen.

Die Hektarerträge der Hackfrüchte lagen leicht über denen des Vorjahres. Aufgrund der Veränderungen der Anbauflächen war die Erntemenge an Kartoffeln um ein Viertel größer als 1988, während die an Zuckerrüben etwa die Größenordnung des Vorjahres erreichte. Im Gemüsebau fielen die Erträge im Berichtsjahr allgemein höher aus als im relativ schlechten Jahr 1988 und im mehrjährigen Durchschnitt. Geringere Erträge als im Vorjahr gab es bei den Arten, deren Hauptentwicklungszeit in die frühsommerliche Trockenperiode fiel. Die Erntemengen an Kopfkohl fielen aufgrund rückläufiger Anbaufläche des dominierenden Herbst- und Dauerweißkohls geringer aus als 1988.

Auf dem Dauergrünland, im Kleegras-, Feldgras- und Silomaisanbau wurden die im Vorjahr erzielten hohen Hektarerträge und Erntemengen nicht erreicht, die Rohfutterqualitäten jedoch aufgrund der günstigen Abreife- und Erntebedingungen übertroffen. Bei den Futterrüben wurden überdurchschnittliche Erträge erzielt, so daß die Erntemenge bei unveränderter Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr leicht anstieg.

Im Marktobstbau wurde bei einem überdurchschnittlichen Hektarertrag von 280 dt/ha eine sehr gute Apfelernte erzielt. Die anderen Baumobstarten und das Beerenobst erreichten nicht die hohen Erträge des Vorjahres; teilweise waren sie — besonders das Steinobst — von Blütenfrösten betroffen oder litten auf leichteren Standorten unter der Trockenheit des Frühsommers. Die Erdbeeren erbrachten aufgrund einer Ausweitung der Anbaufläche und höherer Erträge gegenüber 1988 mit knapp 70 000 dt die zweitgrößte Erntemenge.

Viehbestände

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Dezember-Viehzählung des Jahres 1989 wurden in Schleswig-Holstein 1,49 Mill. Rinder, 226 000 Schafe und 1,45 Mill. Schweine gehalten.

Der Gesamtbestand an Rindern erhöhte sich in Jahresfrist kaum. Auch die Zahl der Milchkühe blieb ebenso wie 1988 weitgehend konstant. Die Zahl der Kälber und Jungrinder unter einem Jahr erhöhte sich

Viehhalter und Viehbestände im Dezember 1989
(Endgültiges Ergebnis)

	Halter		Tiere
	in 1 000	in 1 000	Veränderung gegenüber 1988 in %
Rinder	17,3	1 491	+ 1
darunter Milchkühe	13,4	480	0
Schweine	6,6	1 451	- 6
darunter Zuchtsauen	3,8	144	- 5
Schafe	5,2	226	+ 11
darunter weibliche Zuchtschafe (ab 1 Jahr)	.	163	+ 9

gegenüber dem Vorjahr um 2 %, der Bestand an männlichen und weiblichen Rindern der Altersklasse 1 bis 2 Jahre verringerte sich leicht. Der Bestand an Bullen und Ochsen stieg erstmals seit 1985 wieder leicht an. Er erhöhte sich um 1,3 % auf 18 000 Tiere.

Die bereits 1988 erkennbare Beruhigung in der Entwicklung des Rinderbestandes wird auch in der Zahl der zum Schlachten bestimmten Rinder deutlich. Erstmals seit 1985 verringerte sich ihre Zahl nicht mehr, sondern erhöhte sich um 3 %. Insbesondere die Zahl der weiblichen Schlachttiere ab 2 Jahren stieg um 22 %. Durch die verstärkte Aufzucht weiblicher Tiere hat sich wie schon 1988 die Zahl der Kälber erhöht.

Die Zahl der Ammen- und Mutterkühe hat sich nochmals um 20 % auf gut 14 000 Tiere erhöht. Damit stieg dieser Bestand seit 1986 um 78 % oder knapp 6 000 Tiere an und erreichte den höchsten Wert seit seiner Erfassung im Jahre 1970.

Auch die Zahl der Schafe hat sich seit Einführung der Mutterschafprämie ständig erhöht und stieg 1989 nochmals um 11 %. Neben der Zahl der Mutterschafe (+ 9 %) stieg insbesondere der Bestand an Jungtieren um 19 % auf 56 000 Stück.

Die Zahl der Schweinehalter verringerte sich nochmals deutlich um 11 %, die der Sauenhalter um 12 %. Auch der Schweinebestand ging um 6 % oder 89 000 Tiere erneut zurück. Ebenfalls nochmals verringert hat sich die Zahl der Sauen, allerdings weniger kräftig als 1987 und 1988, um 6 900 Tiere (- 5 %), darunter 3 700 trächtige Sauen. Ebenfalls etwas gebremst verlief der Rückgang der Zahl der Ferkel um 30 000 (- 7 %), während der Vorjahresbestand an Jungschweinen um 8 % unterschritten wurde.

Tierische Produktion

Das Fleischaufkommen aus gewerblichen Schlachtungen (einschließlich Geflügel) verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 6 % auf 348 000 t. Dabei war die Schlachtmenge von importierten Tieren gegenüber 1988 mit 1 600 t mehr als doppelt so hoch wie 1988. Von der gesamten Schlachtmenge waren wiederum allein 55 % Schweine- und 44 % Rindfleisch.

Im Berichtsjahr wurden 2,3 Mill. Schweine geschlachtet. Mit 7 500 Tieren kamen dabei mehr Tiere aus dem Ausland (Schlachtsauen aus Dänemark) als 1988. Die Zahl der gewerblich geschlachteten Schweine inländischer Herkunft verringerte sich dagegen auf 2,25 Mill. Tiere. Das durchschnittliche Schlachtgewicht der gewerblichen Schlachtungen erhöhte sich weiter auf knapp 85 kg.

Schlachtungen (vorläufiges Ergebnis)

	1989	Veränderung gegenüber 1988 in %
Schlachtungen ¹ in 1 000	2 893	- 9
Schweine	2 273	- 11
Rinder	491	- 6
davon Ochsen	18	- 6
Bullen	223	- 9
Kühe	155	+ 2
Färsen	95	- 8
Kälber	10	0
Schafe	118	+ 10
Schlachtmenge ² in t	347 435	- 6
Schweine	191 616	- 9
Rinder	151 906	- 3
Kälber	1 347	+ 3
Schafe	2 134	+ 15
Geflügel ³	927	- 36

- 1) Gewerbliche und Hausschlachtungen in- und ausländischer Tiere
- 2) Gewerbliche Schlachtungen in- und ausländischer Tiere
- 3) Geschlachtetes Geflügel in- und ausländischer Herkunft in Geflügelschlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

Die Zahl der Rinderschlachtungen hat um 6 % auf 491 000 nochmals abgenommen und behält damit die seit 1987 erkennbare rückläufige Tendenz bei. Auch 1989 wurden keine Schlachtrinder aus dem Ausland eingeführt.

Die Schlachtungen von Ochsen sowie Bullen verringerten sich um 6 % bzw. 9 %. Die Zahl der geschlachteten Kühe erhöhte sich um 2 %, die der Färsen zeigte nochmals einen Rückgang um 8 %. Das durchschnittliche Schlachtgewicht der Rinder stieg 1989 auf 312 kg.

Aufgrund der durchgehend guten Witterung ermöglichten die sehr guten Weidemastbedingungen bis spät in das Jahr hinein noch Zunahmen der Tiere, insbesondere bei den Bullen. Somit stiegen die Mastendgewichte bei den einzelnen Kategorien gegenüber 1988 um bis zu 4 %.

Entsprechend dem gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Schafbestand erhöhte sich auch die Zahl der geschlachteten Schafe um 10 % auf 118 000. Von den 110 000 gewerblich geschlachteten Tieren kamen 20 000 aus dem Ausland. Das durchschnittliche Schlachtgewicht der Schafe erhöhte sich leicht auf knapp 20 kg.

Die Zahl der geschlachteten Kälber hat sich kaum verändert, weiterhin rückläufig hingegen ist die Zahl der Pferdeschlachtungen.

Milcherzeugung (endgültiges Ergebnis)

	1989	Veränderung gegenüber 1988 in %
Kühe in 1 000	480	- 0,2
Milchertrag in kg je Kuh und Jahr	5 014	+ 1,7
Milcherzeugung insgesamt in 1 000 t	2 411	+ 1,7
darunter an Meiereien und Händler in 1 000 t	2 287	+ 1,8
in % der Erzeugung	95	X

Nach den vorläufigen Ergebnissen stieg die Milcherzeugung wieder leicht auf 2,41 Mill. t. Davon wurden wiederum 95 % an Meiereien in Schleswig-Holstein und Hamburg geliefert, das entspricht 2,29 Mill. t. Die saisonalen Schwankungen haben sich nochmals etwas zugunsten der Herbstmonate ausgeglichen. So lag die Milchanlieferung in den ersten vier Monaten um knapp 1 % unterhalb derer des Vorjahres, in den folgenden vier Monaten um 1,6 % und in den Monaten September bis Dezember um gut 4 % darüber. Somit haben sich die witterungsbedingten, aber auch durch die Quotenregelung verursachten Bewegungen in der Milchanlieferung der vergangenen Jahre wieder beruhigt.

Der durchschnittliche Jahresmilchertrag je Kuh stieg nochmals um 1,7 % auf 5 014 kg und liegt damit nach 1986 erstmals wieder über 5 000 kg.

Der Legehennenbestand und die Eierzeugung in Halten mit mindestens 3 000 Tieren werden monatlich erhoben. Die Eierzeugung der kleineren Halten wurde aus dem Legehennenbestand 1988 (Angaben aus der Viehzählung im Dezember) und Angaben der Landwirtschaftskammer geschätzt. Insgesamt legten 1,73 Mill. Legehennen, darunter 76 % in Halten mit einer Kapazität von 3 000 Tieren und mehr, 1989 343 Mill. Eier. Das entspricht einer durchschnittlichen Legeleistung je Henne und Jahr von 260 Eiern.

Verarbeitendes Gewerbe

Seit nunmehr über zwei Jahren ist in Schleswig-Holstein eine kraftvolle wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu beobachten. Sie hat im Jahre 1989 dazu geführt, daß die konjunkturelle Lage so gut ist wie seit langem nicht mehr. Die Gesamtschau der aus der Statistik des verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus verfügbaren Daten für das abgelaufene Jahr zeigt ein ausgesprochen günstiges Bild des wirtschaftlichen Geschehens. Die anhaltende Dynamik wurde — wie auch 1988 — durch das sehr lebhaftes Exportgeschäft gefördert. Darüber hinaus haben in jüngster Zeit die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte an Gewicht gewonnen. Der erhebliche Nachfrageschub führte in zunehmendem Maße zu gut ausgelasteten Kapazitäten. Die Betriebe und Unternehmen waren bestrebt, ihre vorhandenen Produktionsmöglichkeiten stärker auszuschöpfen und teilweise zu erweitern. Dies führte auch zu einem erhöhten Personalstand.

Das Wachstum kommt insbesondere in den Zuwachsraten des Auftragseingangs der Investitionsgüter produzierenden Betriebe zum Ausdruck. Viele Wirtschaftszweige dieses Kernbereichs des verarbeitenden Gewerbes weisen nun schon im zweiten Jahr nacheinander zweistellige Steigerungsraten ihrer Bestelleingänge aus. Sie schlagen sich für das Jahr 1989 in einem Gesamtplus von 21 % gegenüber dem Vorjahr nieder. 1988 war der Wert der hereingenommenen Aufträge in dieser Wirtschaftshauptgruppe um 11 % gestiegen. Der (allerdings im Auftragseingang diskontinuierliche) Schiffbau (+ 74 %), der Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau (+ 20 %), die Betriebe der Elektrotechnik

(+ 13 %), des Maschinenbaus (einschl. Büromaschinen und ADV-Geräte) sowie der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (jeweils + 12 %) trugen maßgeblich zu dem überaus positiven Ergebnis des vergangenen Jahres bei.

Es ist offenkundig, daß eine derartig sprunghafte Erhöhung der Nachfrage nicht durch die sofortige Produktionsausweitung in gleichem Umfang zu befriedigen ist. Die Entwicklung läßt daher zumindest in Teilbereichen des Investitionsgütersektors erheblich gestiegene Auftragsbestände und längere Lieferfristen vermuten. Für diese Einschätzung spricht auch das Hinterherhinken der Steigerungsraten des Umsatzes. Der wachstumsfördernde Einfluß gestiegener Nachfrage gerade nach Investitionsgütern läßt auch für die nächste Zukunft eine weitere dynamische Entwicklung von Produktion und Beschäftigung erwarten. Allerdings zeichnen sich für die Expansionsmöglichkeiten Grenzen ab; sie werden von den schwindenden Kapazitätsreserven in den Betrieben gesetzt.

Grunddaten zur Wirtschaftsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe
— Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten —

		1988	1989	Veränderung in %
Betriebe ¹	Anzahl	1 542	1 580	+ 2,5
Beschäftigte ¹	1 000	165,4	169,4	+ 2,4
davon				
Angestellte ²	1 000	53,5	55,3	+ 3,3
Arbeiter	1 000	111,9	114,1	+ 2,0
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	185	186	+ 0,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	7 161	7 570	+ 5,7
Anteil am Umsatz	%	18,7	18,5	- 1,1
Lohnsumme je Arbeiterstunde	DM	22,31	23,28	+ 4,3
Umsatz insgesamt	Mrd. DM	38,3	41,0	+ 6,9
je Arbeiterstunde	DM	207	221	+ 6,5
je Beschäftigten	1 000 DM	232	242	+ 4,4
Inlandsumsatz	Mrd. DM	29,1	31,1	+ 6,9
Auslandsumsatz	Mrd. DM	9,2	9,8	+ 6,7
Anteil am Umsatz (Exportquote)	%	24,0	24,0	X
Umsatz ohne Schiffbau	Mrd. DM	36,3	39,3	+ 8,2
davon				
Inlandsumsatz	Mrd. DM		30,2	
Auslandsumsatz	Mrd. DM		9,2	
Auftragseingang ³ und zwar	Mrd. DM	23,5	27,3	+ 16,2
aus dem Inland	Mrd. DM	14,9	17,2	+ 16,0
aus dem Ausland	Mrd. DM	8,6	10,0	+ 16,5
im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe	Mrd. DM	12,5	15,1	+ 21,3
Energieverbrauch	1 000 t SKE	2 430	2 277	- 6,3

1) Monatsdurchschnitt

2) einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger

3) Nicht alle Wirtschaftszweige sind meldepflichtig

Umsatz

Die Umsätze aller Betriebe des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten erfuhren im Jahre 1989 eine Steigerung um nominal 6,9 %. Es wurden insgesamt 41,0 Mrd. DM in Rechnung gestellt. Auf die Höhe dieses Ergebnisses haben einige Sondereinflüsse dämpfend eingewirkt, die durch die spezielle schleswig-holsteinische Wirtschaftsstruktur bedingt sind:

Im Schiffbau kam es 1989 zu einem Erlösrückgang von 18 %, der ausschließlich auf die sehr langen Produktionszeiten in dieser Branche zurückzuführen ist; von einer nachlassenden Geschäftstätigkeit auf den Werften kann hieraus gegenwärtig nicht geschlossen werden. Läßt man bei der Analyse des Landesergebnisses den Schiffbau mit seinem erheblichen Gewicht außer Ansatz, so ergibt sich für das übrige verarbeitende Gewerbe und den Bergbau in Schleswig-Holstein eine spürbar höhere Zuwachsrate der Erlöse (+ 8,2 %).

Im Nahrungs- und Genußmittel verarbeitenden Gewerbe ist es durch eine Sonderentwicklung in einem Einzelfall insgesamt zu einem merklichen Erlöseinbruch gekommen. Die Umsätze in dieser Wirtschaftshauptgruppe nahmen um 1,1 % ab. Ursache ist die Verlagerung einer stark verbrauchssteuerhaltigen Produktion in ein anderes Bundesland. Ohne Berücksichtigung dieses Einzelfalles läge der Erlöszuwachs in Schleswig-Holstein ebenfalls deutlich höher.

Überdurchschnittlich gesteigert haben ihre Umsätze im abgelaufenen Jahr insbesondere die Betriebe der Mineralölverarbeitung (+ 40 %), der chemischen Industrie (+ 17 %) und des Maschinenbaus (+ 16 %). Die sehr hohe Zuwachsrate in der Mineralölverarbeitung fällt stark aus dem Rahmen. Ihr steht jedoch keine entsprechende Produktionszunahme gegenüber. Das Erlösplus ist vielmehr ausschließlich die Folge der erheblichen Preissteigerungen insbesondere auf dem Heizölmarkt im abgelaufenen Jahr, zu denen auch die Erhöhung der Heizölsteuer ab Anfang 1989 beitrug. So stieg der Index der Erzeugerpreise für Heizöle im Bundesgebiet (Inlandsabsatz) 1989 gegenüber dem Vorjahr um 37 %; gleichzeitig sank die Jahresproduktion von Heizölen in Schleswig-Holstein mengenmäßig um über 9 % ab.

Auch insgesamt ist die Zunahme des Umsatzes im verarbeitenden Gewerbe vor dem Hintergrund wieder höherer Geldentwertung zu sehen. Der zusammengefaßte Index der Erzeugerpreise für Produkte des verarbeitenden

den Gewerbes (nur Inlandsabsatz) im Bundesgebiet stieg 1989 um durchschnittlich 3,4 %. Ein Jahr zuvor hatte die relative Veränderung nur + 1,6 % betragen; sie war also nicht einmal halb so hoch. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im abgelaufenen Jahr die beschleunigte Preissteigerung nicht nur „normale“ konjunkturelle Ursachen hat, sondern daß sie auch durch die beträchtliche Anhebung der Verbrauchssteuern überlagert und verstärkt worden ist.

Die relative Erlössteigerung im verarbeitenden Gewerbe betraf das Inlands- wie Auslandsgeschäft nahezu gleichermaßen. Dasselbe gilt für die Zuwachsraten des Auftragseingangs. 1988 hatten dagegen Umsätze wie Bestelleingänge von Kunden aus dem Ausland wesentlich stärker zugenommen als diejenigen aus dem Inland. Der damals beobachtete kräftige Anstoß der Konjunktur durch die sprunghaft gestiegene Auslandsnachfrage ist 1989 in ein breiter angelegtes Wachstum auch der Inlandsnachfrage eingemündet. Gleichwohl beruht die gegenwärtige wirtschaftliche Dynamik zu einem wesentlichen Teil weiterhin auf dem sich günstig entwickelnden Exportgeschäft. Die Exportquote (das ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) ist infolge der fast gleichhohen Zuwachsraten im Jahre 1989 unverändert geblieben. Sie verharrte auf dem im Vorjahr registrierten Satz von 24 %; dies ist das höchste Jahresergebnis, das in der Statistik des verarbeitenden Gewerbes jemals für Schleswig-Holstein ermittelt worden ist.

Ausgewählte Veränderungsdaten im verarbeitenden Gewerbe 1989 gegenüber 1988 in %

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Beschäftigte	+ 2,4	+ 1,3
Geleistete Arbeitsstunden	+ 0,3	+ 0,5
Löhne	+ 4,7	+ 5,1
Gehälter	+ 7,1	+ 5,0
Umsatz insgesamt	+ 6,9	+ 8,4
Inlandsumsatz	+ 6,9	+ 7,5
Auslandsumsatz	+ 6,7	+ 10,4

Gegenüber dem Bundesgebiet blieb die schleswig-holsteinische Zuwachsrate des Umsatzes um eineinhalb Prozentpunkte zurück; das Bundesergebnis weist einen Zuwachs von 8,4 % aus. Die wesentlichen Ursachen für die Diskrepanz sind bereits erläutert worden. Der Vergleich zwischen den beiden Ergebnissen ist erheblich eingeschränkt. Im Gegensatz zu Schleswig-Holstein geht das Umsatzplus bundesweit stärker auf die Zunahme der Exporterlöse zurück (+ 10,4 %), wo-

gegen die Erlöse von Kunden aus dem Inland nur eine unterdurchschnittliche Steigerung erfuhren (+ 7,5 %). Hieraus resultiert ein weiteres Anwachsen des Gewichts des Auslandsgeschäfts. Die Exportquote erhöhte sich 1989 im Bundesgebiet auf 31,0 %. Im Vorjahr hatte der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz 30,4 % betragen.

Beschäftigte

Die lebhafteste Geschäftstätigkeit des Jahres 1989 führte erstmals nach Ablauf von neun Jahren wieder zu einer spürbaren Verbesserung der Beschäftigtenlage. Im Durchschnitt der Berichtsperiode waren in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes rd. 169 400 Personen tätig, das sind knapp 4 000 mehr als ein Jahr zuvor. Dies entspricht einer Veränderungsrate von + 2,4 %. Damit unterbricht die aktuelle Beschäftigtenentwicklung den seit vielen Jahren zu beobachtenden Trend rückläufigen, stagnierenden oder nur minimal zunehmenden Personalstandes. Ein ähnlich großer Beschäftigtenzuwachs war zum letzten Male im Jahre 1980 mit + 2,0 % beobachtet worden. Die Aufstockung im abgelaufenen Jahr betraf etwa 2 200 Arbeiter und 1 800 Angestellte. Im Gegensatz zur absoluten Zunahme war jedoch die relative Veränderung des Personalstandes unter den Angestellten (+ 3,3 %) wesentlich größer als unter den Arbeitern (+ 2,0 %).

Der größte Beschäftigtenzuwachs war im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zu verzeichnen. Innerhalb dieses Bereichs, in dem 1989 mit knapp 91 000 Personen 54 % aller Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus tätig waren, stellten insbesondere die Betriebe des Maschinenbaus und der Elektrotechnik in überdurchschnittlichem Umfang zusätzlich Personal ein. Dagegen blieb im Nahrungs- und Genussmittel verarbeitenden Gewerbe die Zahl der tätigen Personen nahezu unverändert. Die starke Reduzierung des Beschäftigtenstandes im Grundstoff- und Produktionsgütersektor und deren gleichzeitige sprunghafte Zunahme im Verbrauchsgütersektor fallen völlig aus dem Rahmen; sie gehen auf die Umsetzung eines industriellen Großbetriebes infolge Schwerpunktverlagerung von einem in den anderen Sektor zurück. Aus Geheimhaltungsgründen verbietet sich eine Aussage über die wahre Entwicklung in den beiden Wirtschaftshauptgruppen. Im übrigen gilt für die Veränderungsdaten des Umsatzes in den beiden Bereichen das zum Personalstand Gesagte in ähnlicher Weise.

Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe 1989

— Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten —

	Beschäftigte ¹		Umsatz		Export- quote ²
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	%
Bergbau	431	- 1,1	131	+ 10,5	38,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	24 012	- 4,8	9 095	+ 13,1	28,8
darunter					
Mineralölverarbeitung	960	- 4,1	2 126	+ 39,8	14,5
Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden	3 600	- 37,0	1 033	- 21,5	1,9
Chemische Industrie	12 521	+ 4,6	4 485	+ 16,7	41,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	90 760	+ 2,6	15 353	+ 6,5	34,0
darunter					
Maschinenbau, Büromaschinen, ADV-Geräte	33 136	+ 3,2	5 975	+ 16,3	46,4
Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau	9 375	+ 1,7	2 132	+ 9,7	12,8
Schiffbau	8 440	- 1,7	1 633	- 18,0	41,3
Elektrotechnik	18 170	+ 4,6	2 543	+ 4,6	28,8
Feinmechanik, Optik	10 110	- 0,4	1 413	+ 0,6	36,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	31 617	+ 10,1	6 539	+ 12,6	17,4
darunter					
Holzverarbeitung	3 035	+ 2,6	589	+ 6,9	9,2
Papier- und Pappeverarbeitung	3 119	- 1,0	724	- 0,7	18,1
Druckerei und Vervielfältigung	10 782	+ 2,4	2 439	+ 4,4	10,5
Herstellung von Kunststoffwaren	7 090	+ 47,8	1 491	+ 46,0	27,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	22 530	- 0,1	9 851	- 1,1	8,2
darunter					
Backwarenherstellung (ohne Dauerbackwaren)	3 956	- 0,4	440	+ 3,0	0,5
Obst- und Gemüseverarbeitung	1 521	+ 0,7	554	+ 6,1	12,9
Molkerei, Käserei	1 742	- 4,3	1 872	+ 3,9	10,0
Schlachthäuser	1 282	- 8,3	1 297	+ 2,2	3,0
Fleischwarenindustrie und Fleischereihandwerk	4 332	+ 1,7	1 490	+ 17,9	2,4
Fischverarbeitung	1 781	+ 16,0	433	+ 23,9	5,9
Brauerei	500	+ 1,6	171	+ 2,4	-
Spirituosenherstellung	560	+ 4,3	655	+ 6,9	2,3
Futtermittelherstellung	1 074	+ 0,1	1 021	+ 10,3	3,0
Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau	169 350	+ 2,4	40 969	+ 6,9	24,0

1) Monatsdurchschnitt

2) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

Trotz des spürbaren Beschäftigtenanstiegs unter den Arbeitern erhöhte sich die Zahl der von ihnen geleisteten Arbeiterstunden nur geringfügig. Je Beschäftigten ergibt sich wiederum eine im Durchschnitt etwas kürzere Arbeitszeit als im Vorjahr. An dieser seit langem beobachteten Entwicklung hat sich also nichts geändert. Übrigens war im Bundesgebiet diese Erscheinung 1989 nicht so ausgeprägt wie in Schleswig-Holstein. Das heißt: Der Zuwachs an geleisteten Arbeiterstunden war dort relativ größer, die Zunahme an beschäftigten Arbeitern relativ geringer als im nördlichsten Bundesland. Die Ursachen für diese Entwicklung sind aus der Statistik nicht zu belegen, sie können nur vermutet werden. Denkbar ist hier vor allem ein größeres Gewicht der Zunahme von Überstunden im Durchschnitt des gesamten Bundesgebiets.

Löhne und Gehälter

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter erreichten 1989 fast 7,6 Mrd. DM. Sie waren im Durchschnitt um 5,7 % höher als vor Jahresfrist. Die Summe der für Arbeiter aufgewendeten Bruttolöhne stieg — der gespaltenen Beschäftigtenentwicklung entsprechend — nur unterdurchschnittlich an (+ 4,7 %). Demgegenüber wurden die Gehaltskonten der Betriebe um 7,1 % höher belastet. Die Summe der Personalkosten (ohne Lohnnebenkosten) beanspruchte damit wiederum einen etwas geringeren Anteil an den Erlösen (18,5 %) als ein Jahr zuvor (18,7 %). Im Jahre 1987 hatte die Quote noch 19,0 % ausgemacht; die Entwicklung in den

beiden letzten Jahren belegt, wie mit Beginn der Hochkonjunktur Löhne und Gehälter als Kostenfaktoren an Gewicht verloren haben. Damit stand den Unternehmern ein größer werdender Spielraum zur Verfügung, um zum Beispiel andere (womöglich gestiegene) Aufwendungen abzudecken.

Energieverbrauch

Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes verbrauchten 1989 — trotz zunehmender wirtschaftlicher Aktivität — im ganzen 6,3 % weniger Energie als 1988. Der Anteil des Heizöls, welches vor zehn Jahren noch fast zwei Drittel des Energiebedarfs deckte, fiel nunmehr auf 46 % zurück. Insbesondere wurde wesentlich weniger schweres Heizöl eingesetzt als ein Jahr zuvor (– 17 %). Aber auch der Verbrauch von leichtem Heizöl nahm um 5 % ab. Die starken Verbrauchsschwankungen beim Heizöl gehen primär auf dessen hauptsächliche Verwendung im nichtenergetischen Bereich zurück, so z. B. als Rohstoff zur Herstellung bestimmter chemischer Produkte. Der hohe Bedarf im nichtenergetischen Bereich überdeckt die Entwicklung des Verbrauchs für die Erzeugung von Wärme in den Produktionsprozessen. Eine Trennung des Heizöleinsatzes nach diesen zwei Verwendungsmöglichkeiten wäre zur Verbesserung der Aussagefähigkeit des Ergebnisses zwar wünschenswert; jedoch sieht das gesetzlich fixierte Frageprogramm dies gegenwärtig nicht vor. Für die übrigen Energieträger, insbesondere Gas und Strom, wurde eine Verbrauchszunahme registriert, die etwa der Produktionsentwicklung in den Betrieben entspricht.

Energieverbrauch des verarbeitenden Gewerbes 1989
— Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten —

Energieträger	Verbrauch		Veränderung gegenüber 1988 in %
	1 000 t SKE	%	
Schweres Heizöl	942	41	– 16,8
Leichtes Heizöl	119	5	– 5,4
Kohle	175	8	+ 6,6
Strom ¹⁾	365	16	+ 3,1
Gas	676	30	+ 3,5
Insgesamt	2 277	100	– 6,3

1) Ohne Strom-Eigenerzeugung der Betriebe

Bauen und Wohnen

Bauhauptgewerbe

Mitte 1989 zählte man im Rahmen der jährlich zum Stichtag 30. Juni durchzuführenden Befragung aller Betriebe im Bauhauptgewerbe (Totalerhebung) 40 075 Beschäftigte. Damit wurde der Beschäftigtenstand vom Vorjahr leicht übertroffen (+ 0,1 %) und der seit 1980 (57 886 Personen) andauernde Personalabbau beendet. Zum gleichen Zeitpunkt gab es 3 414 Betriebe, das sind 3,9 % mehr als 1988. Bei fast unveränderter Beschäftigtenzahl setzte sich somit der Trend zu kleineren Betriebseinheiten fort. Dieser anhaltende Strukturwandel war allerdings 1989 nicht nur ökonomisch, sondern auch methodisch bedingt: Vor allem die Kleinstbetriebe können nicht vollständig zu den Baustatistiken herangezogen werden, weil in einigen Fällen ihre Existenz der amtlichen Statistik nicht bekannt ist. Diese Grauzonen des Berichtskreises erhellen sich erst durch Großzählungen vor Ort, wie 1987 im Rahmen der Volkszählung, als Zähler unter anderem alle Arbeitsstätten erfaßten und somit zur Totalerhebung 1989 bisher unbekannte Betriebe in die Statistik einbezogen werden konnten. Ohne die durch die Arbeitsstättenzählung herangezogenen Betriebe belief sich die Veränderungsrate zum Vorjahr nicht auf + 3,9 %, sondern nur auf + 1,6 % Betriebe.

Die Entwicklung zu mehr Kleinbetrieben wird deutlich, wenn man die Zahl der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten betrachtet. Davon gab es 1989 2 328 Einheiten und damit 4,3 % mehr als im Vorjahr, so daß gut zwei Drittel der 3 414 Betriebe zu dieser Größenklasse zählten. 1980 hatte dieser Anteil 52 % betragen, 1985 64 %. Definiert man Kleinbetriebe als solche, die weniger als 20 Beschäftigte haben, so zählten 1989 87 % aller erfaßten Betriebe zu dieser Kategorie, das ist ein Prozentpunkt mehr als im Vorjahr. Die Bedeutung der Kleinbetriebe für die Beschäftigung zeigt sich darin, daß 43 % der 40 075 im Bauhauptgewerbe tätigen Personen in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz hatten. 1988 hatte dieser Anteil 42 % betragen. In Großbetrieben — gemeint sind Betriebseinheiten mit einem Personalbestand von mindestens 100 Personen — ist dagegen die Beschäftigung leicht zurückgegangen. Der Prozentsatz der dort Beschäftigten verringerte sich 1989 gegenüber dem Vorjahr um einen Punkt auf 18 %. Der Personalstand in den mittleren und größeren Betrieben ist konstant geblieben.

Die Totalerhebung 1989 zeigt weiter, daß sich innerhalb eines Jahres die Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Wirtschaftszweigen des Bauhauptgewerbes unterschiedlich veränderten. So meldete der Hochbau einschließlich Fertigteilbau einen Rückgang von 2,3 %, wodurch allerdings seine überragende Bedeutung als Arbeitsmarkt der Bauwirtschaft kaum geschmälert wurde. 17 092 Personen hatten 1989 im Hochbau ihren Arbeitsplatz, das sind 43 % aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Im Tiefbau ist der Personalbestand um 0,3 % nur leicht unter das Niveau von 1988 gesunken. Für die 12 378 dort gezählten Personen errechnet sich ein Beschäftigtenanteil von 31 %. Etwas stärker als im Tiefbau fiel der Personalabbau bei den Betrieben aus, die etwa zu gleichen Teilen im Hochbau und im Tiefbau Aufträge ausführen. Sie meldeten zum 30. Juni 1989 1 661 Beschäftigte, das sind 1,1 % weniger als im Vorjahr. Dagegen konnten die Betriebe des Spezialbaus mit 2 179 Mitarbeitern einen Personalanstieg von 8,3 % aufweisen. Eine ähnliche Entwicklung stellte sich für den Wirtschaftszweig der Zimmerei und des Ingenieurholzbaus heraus, wo der Beschäftigtenstand mit 2 895 Personen um 7,3 % das Niveau des Vorjahres übertraf. Geringfügige Zuwächse der Beschäftigtenzahlen verzeichneten die Betriebe der Dachdeckerei, deren Belegschaft um 0,8 % auf 2 776 Personen stieg, und das Stukkateurgewerbe mit 611 Personen (+ 0,7 %).

Hinsichtlich der Stellung im Betrieb gehörten von den im Bauhauptgewerbe Beschäftigten 79 % zu der Gruppe der gewerblich tätigen Personen, 13 % zu den Angestellten und 7 % zu den Betriebsinhabern. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Verteilung kaum geändert. Entsprechend der höheren Zahl vor allem kleinerer Betriebe erweiterte sich auch die Gruppe der Inhaber von Baubetrieben um 3,1 %. Im Bereich der Angestellten kam es zu zusätzlichen Einstellungen in Höhe von 1,2 %. Geringfügig abgebaut wurde dagegen das Baustellenpersonal (genauer: Arbeiter). Mit 31 786 Personen lag die Zahl dieser Berufsgruppe um 0,4 % unter dem Beschäftigtenniveau von 1988. Das ergibt sich nicht vorrangig als Folge von Entlassungen, sondern vielmehr durch den Rückgang der gewerblich Auszubildenden. Zum Stichtag der Erhebung 1989 standen 2 179 Personen in der Ausbildung, 7,4 % weniger als im Vorjahr. Mit einem Plus von 0,1 % blieb die Gruppe der Facharbeiter mit 19 860 Beschäftigten fast unverändert groß. Darin nicht einbezogen sind die angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Meister sowie Werkpoliere und Vorarbeiter, deren Zahl zusammen um 1,2 % auf 3 505 Personen zurückging. Um etwa den gleichen Prozentsatz (1,1 %) stieg die Zahl der Fachwerker, Werker, Baumaschinisten und Arbeiter mit angelernten Spezialtätigkeiten auf 6 242.

Außer zur Totalerhebung werden Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten zu bestimmten Konjunkturdaten auch monatlich befragt. Diese Daten werden dann mit Ausnahme der Auftragsangaben auf alle Betriebe hochgerechnet. Die zum Jahresergebnis 1989 zusammengefaßten Monatswerte zeichnen ein gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich günstigeres Bild vom Bauhauptgewerbe. Positive Auswirkungen auf die Beschäftigung blieben aber noch aus. Im Jahresdurchschnitt betrug die Beschäftigtenzahl 39 744 Personen, die damit nur um 0,1 % über dem vergleichbaren Wert des Vorjahres lag.

Mit leicht gestiegener Beschäftigtenzahl nahm das Produktionsvolumen im Bauhauptgewerbe um 1,8 % auf 53 Mill. geleistete Arbeitsstunden zu. Diese Entwicklung wurde sicher durch den relativ milden Winter des Jahres 1989 begünstigt. Im Wirtschaftsbau kam dazu ein gutes konjunkturelles Klima, so daß dort die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 8,7 % auf 15 Mill. Stunden stieg. Der Wohnungsbau meldete mit 19 Mill. Stunden das höchste Produktionsvolumen, das sind 0,6 % mehr als 1988. Rückläufig war dagegen die Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden im öffentlichen und Verkehrsbau. Dort wurden 1989 18 Mill. Stunden gearbeitet und damit 2,2 % weniger als im Vorjahr.

Entsprechend den mehr geleisteten Arbeitsstunden entwickelten sich die baugewerblichen Umsatzzahlen. Die Betriebe im Bauhauptgewerbe erzielten 1989 Erlöse in Höhe von 4,7 Mrd. DM. Das macht eine Umsatzsteigerung von 7,5 % aus. Die unterschiedlichen Steigerungsraten in den drei Baubereichen führte zu einer etwa gleichmäßigen Aufteilung des Umsatzvolumens. Aufgrund eines überproportional hohen Zuwachses von 22 % stieg der Umsatz im Wirtschaftsbau auf 1,5 Mrd. DM. Der Wohnungsbau setzte 5,7 % mehr um als 1988 und erreichte 1,6 Mrd. DM. Das war auch die Umsatzgröße im öffentlichen und Verkehrsbau, für den sich allerdings eine Umsatzeinbuße von 1,7 % errechnete.

Die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten verbuchten im Laufe des Jahres 1989 Auftragseingänge in Höhe von 2,8 Mrd. DM, 5,5 % mehr als 1988. Besonders stark ist das Auftragseingangsvolumen im Wirtschaftsbau gestiegen, nämlich um knapp 12 % auf 945 Mill. DM. Im Wohnungsbau erhöhten sich die neu hereingenommenen Aufträge um 3,1 % auf 546 Mill. DM. Der öffentliche und Verkehrsbau meldete mit 2,4 % die niedrigste Steigerungsrate. Seine Auftragseingänge in Höhe von 1,3 Mrd. DM hatten jedoch wie in den Vorjahren das größte Volumen im Bauhauptgewerbe.

Positiv stellt sich auch der Auftragsbestand bei den Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten dar. Ende Dezember 1989 betrug der noch abzuarbeitende Auftragsbestand 981 Mill. DM, 8,7 % mehr als zum gleichen Zeitpunkt 1988.

Bauhauptgewerbe 1989
(monatlicher Berichtskreis)

	Wert	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Geleistete Arbeitsstunden ¹ in 1 000	52 581	+ 1,8
davon		
Wohnungsbau	19 472	+ 0,6
Wirtschaftsbau ²	15 198	+ 8,7
öffentl. und Verkehrsbau	17 911	- 2,2
Baugewerblicher Umsatz ¹ in Mill. DM	4 689	+ 7,5
davon		
Wohnungsbau	1 571	+ 5,7
Wirtschaftsbau ²	1 527	+ 21,5
öffentl. und Verkehrsbau	1 592	- 1,7
Auftragseingänge ³ in Mill. DM	2 837	+ 5,5
davon		
Wohnungsbau	546	+ 3,1
Wirtschaftsbau ²	945	+ 11,8
öffentl. und Verkehrsbau	1 347	+ 2,4

1) Hochgerechnet auf alle Betriebe

2) Gewerblicher, industrieller sowie landschaftlicher Bau

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Ausbaugewerbe

Auch der Berichtskreis zur jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe wurde 1989 auf der Grundlage der Arbeitsstättenzählung aktualisiert, so daß die Zahl der Betriebe von Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten von 507 im Jahre 1988 auf 676 Einheiten deutlich anstieg. Die erfaßten Betriebe beschäftigten am 30. Juni 1989 14 010 Personen im Ausbaugewerbe. Die meisten von ihnen, nämlich 9 056 Beschäftigte (65 %) gehörten zu einem der drei Wirtschaftszweige der Bauinstallation: Die Betriebe der Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen beschäftigten 1989 3 734 Personen, die der Elektroinstallation 3 405 Personen und die der Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation 1 917 Personen. Hinsichtlich der Beschäftigung ist das Maler- und Lackierergewerbe mit 3 461 Personen der zweitstärkste Wirtschaftszweig im Ausbaugewerbe. In allen übrigen Wirtschaftszweigen des Ausbaugewerbes wie Glasergewerbe, Bautischlerei, Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei waren zusammen 1 493 Personen beschäftigt.

Zum Berichtskreis der monatlich auskunftspflichtigen Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten gehörten 1989 durchschnittlich 203 Betriebe mit 7 542 Beschäftigten. Die Betriebe meldeten im Verlaufe des Jahres knapp 11 Mill. Arbeitsstunden, die auf Baustellen und in Werkstätten geleistet wurden. Der Umsatz betrug im gleichen Zeitraum 836 Mill. DM, wovon 92 % im ausbaugewerblichen Bereich erzielt wurden. Die restlichen Umsätze entstanden aus Handels- und sonstigen nichtausbaugewerblichen Aktivitäten.

Baugenehmigungen

Das Jahresergebnis der Baugenehmigungsstatistik zeigt für 1989 eine deutlich gestiegene Nachfrage nach Leistungen im Wohnbau auf. Zwar erhöhte sich die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohngebäude nur um 1,2 % auf 5 284, dadurch wurden aber 7 843 Wohnungen geplant, rund 13 % mehr als 1988. Das zeigt, daß der Anteil der Mehrfamilienhäuser am Genehmigungsvolumen zugenommen hat. Zwar wurde wie auch in den vergangenen Jahren die Nachfrage im Wohnungsbau in erster Linie durch die staatlich geförderte Bildung von Eigenheimen geprägt, aber nicht mehr so stark wie im Vorjahr. 1989 genehmigten die zuständigen Bauämter den Bau von 4 949 Ein- oder Zweifamilienhäusern, das sind 94 % der Wohngebäude insgesamt. Ein Jahr vorher betrug diese Quote sogar 96 %. Gleichzeitig stieg die Nachfrage nach Mehrfamilienhäusern um 68 % auf 335 Wohngebäude. Sicher ist das verursacht durch die wieder aufgenommene Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Ausbaugewerbe am 30.6.1989
(Ergebnisse der Jahresherhebung)

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	114	1 917
Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen	142	3 734
Elektroinstallation	161	3 405
Maler- und Lackierergewerbe	173	3 461
Übriges Ausbaugewerbe	86	1 493
Insgesamt	676	14 010

Im Nichtwohnbau wurden im Berichtsjahr 1989 1 352 Gebäude zum Bau frei gegeben, 0,6 % mehr als im Vorjahr. Die genehmigten Bauvorhaben umfaßten 6,68 Mill. m² umbauten Raum, was gegenüber 1988 einer Zunahme von 8,1 % entspricht.

Handel und Gastgewerbe

Ausfuhr

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins legte im Jahre 1989 kräftig zu. Es wurden insgesamt Waren im Wert von 12,6 Mrd. DM ausgeführt. Das sind rund 13 % mehr als im Jahre 1988, womit die ansehnliche Zuwachsrate des Jahres 1988 (+ 9 %) noch einmal deutlich übertroffen wurde. Das gute Abschneiden verdankt die Exportwirtschaft unter anderem der im vergangenen Jahr guten Konjunktur in zahlreichen Ländern der Erde sowie dem Umstand, daß der Anstieg der Preise im Ausland nicht durch eine entsprechend höhere Bewertung der D-Mark wettgemacht wurde.

Überdurchschnittlich stark nahm wiederum die Ausfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft zu. Sie erhöhte sich um rund 23 % auf 2,2 Mrd. DM. Alle Warengruppen im Bereich der Ernährungswirtschaft wiesen eine positive Entwicklung auf. Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs kletterte um 23 % auf 1,14 Mrd. DM. Hohe Zuwächse gab es bei Butter (+ 83 Mill. DM), bei Milch sowie bei Fleisch und Fleischwaren. Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs stieg um rund 18 % auf einen Wert von 820 Mill. DM. Entscheidenden Anteil hieran hatte die Ausfuhr von Weizen, die um rund 52 % auf 265 Mill. DM hochschnellte. Die Ausfuhr von Genußmitteln lag 1989 bei 219 Mill. DM, das sind fast 40 % mehr als im Jahre 1988.

Die gewerbliche Wirtschaft konnte ihre Ausfuhr ebenfalls beträchtlich steigern. Die Zuwachsrate war jedoch nur halb so groß wie bei der Ernährungswirtschaft. Der Gesamtwert der von der gewerblichen Wirtschaft exportierten Güter belief sich auf 10,3 Mrd. DM. Die Ausfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft hat damit im Jahre 1989 erstmals die Marke von 10 Mrd. DM überschritten.

Die Ausfuhr 1989¹

Warengruppe	Ausfuhrwert in Mill. DM	Veränderung gegenüber 1988 in %
Ernährungswirtschaft	2 218	+ 23
darunter		
Nahrungsmittel tier. Ursprungs	1 143	+ 23
Nahrungsmittel pflanzl. Ursprungs	820	+ 18
Gewerbliche Wirtschaft	10 337	+ 11
darunter		
Halbwaren	776	+ 18
Vorerzeugnisse	1 508	+ 1
Enderzeugnisse	7 859	+ 13
Insgesamt	12 555	+ 13

1) vorläufige Zahlen

Die Ausfuhr von Enderzeugnissen erreichte 1989 einen Wert von 7,9 Mrd. DM. Das sind 13 % mehr als 1988. Dazu trug hauptsächlich die Ausfuhr von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (+ 14 %), von elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 13 %) und von Maschinen (+ 11 %) bei.

Die Ausfuhr von Vorerzeugnissen (+ 1 %) entwickelte sich wesentlich schwächer als die Ausfuhr von Enderzeugnissen. Das liegt daran, daß die Ausfuhr von sonstigen chemischen Vorerzeugnissen, auf die 1988 44 % der Ausfuhr von Vorerzeugnissen entfallen waren, gegenüber 1988 um 5 % abnahm.

In der Aufgliederung der Ausfuhr nach Ländern ergibt sich ein sehr differenziertes Bild. Relativ am stärksten entwickelte sich die Ausfuhr in die Staatshandelsländer. Während 1988 Waren im Wert von 571 Mill. DM in die Staatshandelsländer exportiert worden waren, waren es 1989 Waren im Wert von 1 Mrd. DM. Das sind 75 % mehr als 1988. Die Ausfuhr in die Sowjetunion stieg von 176 auf 359 Mill. DM, nach Polen von 119 auf 307 Mill. DM und in die Volksrepublik China von 129 auf 188 Mill. DM. Auch die Entwicklungsländer nahmen 1989 erheblich mehr Waren als 1988 ab. Die Ausfuhr in diese Ländergruppe erhöhte sich um 60 % auf 2,1 Mrd. DM.

Die Hauptabnehmer schleswig-holsteinischer Waren waren selbstverständlich wieder die westlichen Industrieländer. Der Gesamtexport in diese Länder nahm allerdings nur um 3,8 % zu. Dafür gibt es im wesentlichen zwei Gründe. Einmal rutschte die Ausfuhr in die USA von 857 Mill. DM im Jahre 1988 auf 594 Mill. DM im Jahre 1989. Hauptursache hierfür war die Abschwächung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten. Zum anderen verringerte sich die Ausfuhr in die Türkei von 485 Mill. DM auf 108 Mill. DM.

Einfuhr

Der Gesamtwert der im Jahre 1989 nach Schleswig-Holstein eingeführten Waren betrug 12,2 Mrd. DM. Das sind 16,7 % mehr als im Jahre 1988. Etwa vier Fünftel der Einfuhr entfielen auf Güter der gewerblichen Wirtschaft, ein Fünftel bestand aus Gütern der Ernährungswirtschaft. In beiden Zweigen war die Entwicklung positiv. Die Einfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft erhöhte sich 1989 gegenüber dem Vorjahr um 14,0 %. Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft ergab sich ein Anstieg von 17,3 %.

Nach Schleswig-Holstein wurden wie schon 1988 auch im Jahre 1989 erneut bedeutend mehr Nahrungsmittel tierischen Ursprungs eingeführt als im Vorjahr. Die Importe stiegen um 19,0 % auf 968 Mill. DM an. Vor allem trug dazu die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren bei, die sich von 418 Mill. DM im Jahre 1988 um 20,0 % auf 502 Mill. DM im Jahre 1989 erhöhte. Ebenfalls hohe Zuwächse ergaben sich bei der Einfuhr von Käse sowie bei der Einfuhr von Fischen und Fischzubereitungen. Die Einfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs, zu denen als wichtigste Position auch lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei mit einem Anteil von fast 20 % zählen, kletterte um 8,3 % auf 945 Mill. DM.

Einfuhr 1989

	Einfuhrwert in Mill. DM	Veränderung gegenüber 1988 in %
Ernährungswirtschaft darunter	2 218	+ 14,0
Nahrungsmittel		
tierischen Ursprungs	968	+ 19,0
pflanzlichen Ursprungs	945	+ 8,3
Gewerbliche Wirtschaft darunter	9 990	+ 17,3
Enderzeugnisse	6 027	+ 13,5
Insgesamt	12 208	+ 16,7

Bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft liegt das Hauptgewicht — wie auch bei der Ausfuhr — auf den Enderzeugnissen. Diese machten 1989 etwas mehr als 60 % der Einfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft aus. Bei den Enderzeugnissen entfiel 1989 mehr als die Hälfte der Einfuhr auf nur sechs Warenuntergruppen. Weit an der Spitze stand der Maschinenbau (1,06 Mrd. DM) vor den elektrotechnischen Erzeugnissen (866 Mill. DM). Es folgten feinmechanische und optische Erzeugnisse (512 Mill. DM), pharmazeutische

Erzeugnisse (500 Mill. DM), Holzwaren (483 Mill. DM) sowie Kraftfahrzeuge (354 Mill. DM).

Die Einfuhr von Vorerzeugnissen erzielte 1989 einen Wert von fast 1,7 Mrd. DM (+ 25,7 %). Das größte Gewicht in diesem Bereich hatte Papier und Pappe mit einem Einfuhrwert von 754 Mill. DM (+ 30,3 %).

Die Einfuhr von Rohstoffen erreichte 1989 einen Wert von 1,2 Mrd. DM und die von Halbwaren einen Wert von 1,1 Mrd. DM.

Einzelhandel

Der seit 1986 zu beobachtende Aufschwung im Einzelhandel Schleswig-Holsteins setzte sich im Jahre 1989 fort. Der Umsatz belief sich im vergangenen Jahr auf 24,3 Mrd. DM. Das sind 4,9 % mehr als im Jahre 1988. Die Zuwachsrate war damit sogar noch etwas höher als 1988 (+ 4,4 %). Nach Abzug der Preissteigerung ergibt sich ein Zuwachs von 2,2 %. Das war weniger als im Jahre 1988 (+ 3,9 %). Die Einzelhandelspreise sind 1989 folglich stärker als im Jahre 1988 angestiegen, wozu auch die Erhöhung der Verbrauchssteuern beigetragen hat.

Auch die Zahl der Beschäftigten nahm weiter zu. Ende März 1989 waren im Einzelhandel insgesamt 105 300 Personen (Inhaber, mithelfende Familienangehörige und Arbeitnehmer) tätig. Das sind 1,6 % mehr als im März 1988. Allerdings erhöhte sich nur die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, wogegen die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zurückging. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich eine um 1,6 % höhere Beschäftigtenzahl.

Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel

Einzelhandelszweig	Veränderung 1989 gegenüber 1988 in %	
	nominal	real
Einzelhandel mit		
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen	+ 9,0	+ 6,4
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+ 7,6	+ 7,1
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 7,5	+ 5,0
Einrichtungsgegenständen	+ 2,9	+ 1,1
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+ 1,7	- 2,4
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 1,6	+ 0,1
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Artikeln	+ 0,5	- 0,9
elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	- 0,5	- 0,3
Einzelhandel insgesamt	+ 4,9	+ 2,2

Den höchsten Umsatzzuwachs verzeichnete 1989 der Einzelhandel mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (+ 9,0 %). Dieses Ergebnis verdankt der Fahrzeughandel vor allem dem Handel mit Gebrauchtwagen und dem Reparaturgeschäft. Der Absatz von Neufahrzeugen blieb dagegen annähernd konstant. Im Laufe des Jahres 1989 hat die Geschäftstätigkeit im Fahrzeughandel spürbar nachgelassen. Während der Fahrzeughandel im ersten Halbjahr 1989 14 % mehr umsetzte als im ersten Halbjahr 1988, waren es im zweiten Halbjahr nur noch 4 %. Der Grund hierfür dürfte die verbesserte steuerliche Förderung schadstoffarmer PKW ab 1. 1. 1990 gewesen sein.

An zweiter Stelle lag 1989 der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen (+ 7,6 %). Besonders gut entwickelte sich dabei das Geschäft mit Büromaschinen, insbesondere mit Computern.

Der dritte Bereich, der 1989 eine überdurchschnittlich hohe Zuwachsrate aufwies, ist der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Er setzte nominal 7,5 % und real 5,0 % mehr um als 1988. Das ist deutlich höher als im langjährigen Durchschnitt. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ohne ausgeprägten Schwerpunkt. Er setzte gegenüber 1988 rund 8 % mehr um. Hierzu dürften der Zustrom von Aus- und Übersiedlern sowie die Einkaufsfahrten von Bewohnern der DDR nach der Öffnung der Grenze zur Bundesrepublik maßgeblich beigetragen haben. Ein weiterer Grund ist das externe Wachstum einiger Branchenführer durch die Übernahme von Unternehmen mit zum Teil branchenfremdem Sortiment. Verhältnismäßig hohe Umsatzzuwächse verzeichneten ferner der Einzelhandel mit Kaffee, Tee und Kakao sowie der Einzelhandel mit Bier und alkoholfreien Getränken.

Der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, der viele Jahre zu den Wachstumsbranchen im Einzelhandel Schleswig-Holsteins gehörte, konnte im vergangenen Jahr nicht mehr an die gute Umsatzentwicklung in den Vorjahren anknüpfen. Der Umsatzanstieg sackte von 8,9 % im Jahre 1988 auf 2,9 % im Jahre 1989 ab. Das ist nicht etwa die Folge einer Nachfrageabschwächung, sondern vielmehr darauf zurückzuführen, daß ein namhaftes Unternehmen der Möbelbranche im vergangenen Jahr nach Hamburg umgezogen ist.

Um 1,7 % nahm der Umsatz im Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art zu. Daß es nicht mehr wurde, hängt wesentlich mit dem schwa-

chen Abschneiden des Einzelhandels mit Waren verschiedener Art zusammen: Er kam 1989 über sein Vorjahresergebnis nicht hinaus. In konstanten Preisen setzte der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art 1,6 % weniger als 1988 um. Auch der Einzelhandel mit Brennstoffen mußte 1989 Absatzeinbußen hinnehmen. Die Ursache hierfür war zweifellos der milde Winter 1988/89.

Der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren erreichte 1989 ebenfalls nur ein mäßiges Umsatzwachstum. In konstanten Preisen konnte er sein Vorjahresergebnis jedoch halten.

Im Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Artikeln sowie im Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten und Musikinstrumenten ergaben sich keine großen Veränderungen.

Gastgewerbe

Das Gastgewerbe in Schleswig-Holstein setzte im Jahre 1989 rund 2,6 Mrd. DM um. Der Umsatz war damit um 3,7 % höher als 1988. Unter Ausschaltung der Preisentwicklung ergibt sich für 1989 eine Umsatzzunahme um 1,2 %.

Die Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

Gastgewerbebezweig	Veränderung 1989 gegenüber 1988 in %	
	nominal	real
Gastgewerbe insgesamt	+ 3,7	+ 1,2
darunter		
Gaststättengewerbe	+ 2,6	+ 0,7
Beherbergungsgewerbe	+ 5,4	+ 1,8

Die Zahl der Beschäftigten lag im Mai 1989 bei rund 40 000. Das sind 0,6 % mehr als im Mai 1988. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 1,8 %, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten überdurchschnittlich stark zunahm (+ 3,0 %).

Das Beherbergungsgewerbe ließ das Gaststättengewerbe erneut hinter sich. Während das Beherbergungsgewerbe gegenüber 1988 5,4 % mehr umsetzte, waren es im Gaststättengewerbe nur 2,6 % mehr. Bemerkenswert ist die starke Umsatzausweitung im Beherber-

gungsgewerbe in den beiden letzten Monaten des Jahres 1989. Im November betrug die Zuwachsrate 11,4 %, im Dezember sogar 20,3 %, jeweils bezogen auf den Vorjahresmonat. Die hohen Zuwachsraten sind im wesentlichen auf den starken Zustrom von Übersiedlern aus der DDR nach dem 9. November zurückzuführen. Da zahlreiche Übersiedler in Beherbergungsstätten untergebracht wurden, sind deren Umsätze entsprechend in die Höhe geschneit.

Fremdenverkehr

Am 1. Juli 1989 gab es in Schleswig-Holstein rund 4 100 Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten (nachfolgend Betriebe genannt) mit zusammen 156 000 Betten sowie fast 300 Campingplätze.

Gegenüber 1988 war die Zahl der Betten um 3 600 oder 2,4 % höher, wobei der Anstieg der Bettenzahl zum Teil aus einem höheren Erfassungsgrad herrührt. In den Seebädern einschließlich Lübeck-Travemünde waren Mitte 1989 fast 106 000 Fremdenbetten vorhanden. Das sind rund zwei Drittel aller erfaßten Betten. Auf die Erholungsorte des Landes entfielen 8 800 Betten, auf die Heilbäder 6 300 Betten und auf die Luftkurorte 5 700 Betten. In allen übrigen Gemeinden des Landes befanden sich noch einmal 29 000 Betten.

Der Fremdenverkehr wies im vergangenen Jahr (Januar bis November) eine positive Entwicklung auf. Die Beherbergungsbetriebe verzeichneten insgesamt 17,2 Mill. Übernachtungen. Das sind 422 000 Übernachtungen oder 2,5 % mehr als im Jahre 1988. Mit 110 Übernachtungen je Bett blieb die Bettenauslastung allerdings nahezu konstant, da das Bettenangebot fast genau so stark wie das Übernachtungsaufkommen anstieg.

In den letzten Jahren war zu beobachten, daß immer mehr Menschen häufiger als einmal im Jahr verreisen. Dieser Trend setzte sich im vergangenen Jahr fort. Die Zahl der Gästeankünfte erhöhte sich um 234 000 oder 7,6 % auf 3,3 Mill. Der Zuwachs war damit deutlich größer als bei den Übernachtungen. Dementsprechend reduzierte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer, und zwar verringerte sie sich von 5,5 Tagen im Jahre 1988 auf 5,2 Tage im Jahre 1989.

Hauptsaison (Juni bis August) und Nebensaison entwickelten sich 1989 unterschiedlich. Während die Zahl der Gästeankünfte in den Hauptreisemonaten im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode um 4,1 % zunahm, gab es im gesamten übrigen Jahr 10,2 %

mehr Gästeankünfte. Das Übernachtungsaufkommen entwickelte sich sogar gegenläufig: in der Hauptsaison – 1,6 %, in der Nebensaison + 6,8 %. Das ist durchaus plausibel, denn eine größere Reisehäufigkeit geht fast immer zu Lasten der Hauptsaison.

Übernachtungen und Verweildauer 1989¹

— Betriebe mit 9 und mehr Betten —

Gemeindegruppe	Übernachtungen		Durchschnittliche Verweildauer in Tagen
	in 1 000	Veränderung gegenüber 1988 in %	
Ostseebäder	5 863	+ 2,5	6,8
Nordseebäder	5 523	- 0,6	10,3
Heilbäder	1 022	- 2,2	6,7
Erholungsorte	836	+ 6,4	4,4
Luftkurorte	740	+ 5,2	3,4
Übrige Gemeinden	3 169	+ 8,6	2,4
darunter Großstädte	774	+ 8,9	1,9
Zusammen	17 154	+ 2,5	5,2

1) ohne Dezember

Mehr Gästeankünfte verzeichneten alle Gemeindegruppen, wobei die Zuwachsraten zwischen 9,6 % in den Erholungsorten und 3,0 % in den Heilbädern lagen, doch hatten nicht alle Gemeindegruppen auch höhere Übernachtungszahlen. Mehr Übernachtungen wurden in den Ostseebädern (+ 2,5 %), in den Luftkurorten (+ 5,2 %), in den Erholungsorten (+ 6,4 %) und in der Gruppe der übrigen Gemeinden (+ 8,6 %) registriert. Weniger Übernachtungen waren es dagegen in den Nordseebädern (- 0,6 %) und in den Heilbädern (- 2,2 %). Als Ursache für den Rückgang der Übernachtungszahl in den Nordseebädern und in den Heilbädern muß an erster Stelle wohl das Gesundheits-Reformgesetz genannt werden, das Anfang 1989 in Kraft getreten war.

Zu den bemerkenswerten Entwicklungen im Fremdenverkehr Schleswig-Holsteins gehört auch das Anschwellen des Gästestroms aus dem Ausland. Bis einschließlich November wurden 418 000 Ankünfte von Ausländern mit 813 000 Übernachtungen festgestellt. Das sind 16 % mehr Ankünfte und 20 % mehr Übernachtungen als in den ersten elf Monaten des Jahres 1988. Vor allem aus Schweden, Dänemark und Norwegen kamen mehr Gäste nach Schleswig-Holstein.

Die Campingplätze des Landes kamen im vergangenen Jahr auf 2,5 Mill. Gästeankünfte und 11,2 Mill. Über-

nachtungen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 4,5 bzw. 4,1 %. Im Durchgangscamping nahm die Zahl der Gäste (+ 9,3 %) wiederum deutlich stärker als die Zahl der Übernachtungen (+ 3,8 %) zu. Es scheint also auch hier eine Tendenz zu häufigerem Verreisen zu bestehen.

Verkehr

Kraftfahrzeuge

Der Absatz fabrikneuer Kraftfahrzeuge im Jahre 1989 dürfte sich etwa im Rahmen des Jahres 1988 bewegen. In den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres wurden in Schleswig-Holstein 101 000 neue Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen zum Verkehr zugelassen. Das sind 0,5 % mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. 90 % der Neuzulassungen waren Personenkraftwagen, von denen 97 % einen Motor mit verringertem Schadstoffausstoß besaßen. 40 300 neu zugelassene PKW — fast 30 % mehr als im Vorjahr — erfüllten die strenge US-Norm, 21 500 (– 23 %) die weniger strenge Europa-Norm. Die Zahl der Neufahrzeuge in den Schadstoffstufen A, B oder C blieb mit 25 900 konstant. Der Anteil der PKW mit Dieselmotor an der Gesamtzahl der PKW-Neuzulassungen ging von 14 % im Jahre 1988 auf 11 % im Jahre 1989 zurück.

Bestand¹ an Kraftfahrzeugen am 1. Juli 1989
(ohne Bundespost, Bundesbahn, Bundeswehr)

	Anzahl in 1 000	Veränderung gegenüber 1988 in %
PKW	1 218	+ 3
darunter		
schadstoffreduziert	487	+ 29
Zugmaschinen	74	– 0
LKW	55	+ 2
Krafträder	51	– 1
darunter		
Leichtkrafträder	7	– 18
Omnibusse	3	+ 0
Übrige Kraftfahrzeuge	18	+ 7
Insgesamt	1419	+ 3
Außerdem:		
Kraftfahrzeuge mit Versicherungskennzeichen	36	– 5

1) einschließlich der vorübergehend stillgelegten Fahrzeuge

Der Bestand an Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen ist auch 1989 kräftig in die Höhe gegangen. Die Bestandszunahme (Neuzulassungen minus Löschungen) belief sich auf rund 42 000 Fahrzeuge. Das sind 3,1 % mehr als Mitte 1988. Damit erhöhte sich der Bestand von 1,38 Mill. Fahrzeugen im Jahre 1988 auf 1,42 Mill. Fahrzeuge im Jahre 1989. Da die Zahl der Neuzulassungen 1989 nur wenig höher war als 1988, resultiert die Bestandserhöhung im wesentlichen aus einem Rückgang der Zahl der stillgelegten Fahrzeuge. Vermutlich haben 1989 zahlreiche Fahrzeughalter den Kauf eines Neuwagens wegen der ab 1. 1. 1990 geltenden neuen Vorschriften zur steuerlichen Förderung des schadstoffarmen Autos aufgeschoben. 86 % der Kraftfahrzeuge waren PKW. Gegenüber 1988 erhöhte sich die Zahl der PKW um 40 000 oder 3,4 % auf 1,22 Mill. Rein rechnerisch verfügte damit nahezu jeder zweite Schleswig-Holsteiner über einen PKW. Mit einer noch deutlich höheren Zuwachsrates wuchs der Bestand der übrigen Kraftfahrzeuge. Entscheidenden Anteil hatten daran die Wohnmobile, deren Zahl um 11,0 % zunahm. 1989 gab es auch mehr Lastkraftwagen als 1988, im Vergleich zum Gesamtbestand wuchs die Zahl der LKW jedoch nur unterdurchschnittlich stark an. Die Zahl der Zugmaschinen und Krafträder ging leicht zurück. Bei den Krafträdern ging der Trend weiterhin zum schweren Motorrad. Während nämlich die Zahl der Motorräder um 3,1 % zunahm, verringerte sich die Zahl der Leichtkrafträder mit amtlichem Kennzeichen um 17,8 %.

Unfälle im Straßenverkehr

Im vergangenen Jahr hat sich das Unfallgeschehen auf den Straßen Schleswig-Holsteins etwas entspannt. Die Polizei nahm nach zum Teil noch vorläufigen Feststellungen insgesamt 87 500 Straßenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein auf. Das sind 2 200 Unfälle oder 2 % weniger als im Jahre 1988. 70 800 Unfälle hatten lediglich einen Sachschaden, 16 800 Unfälle auch einen Personenschaden zur Folge.

Die Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Personen war ebenfalls rückläufig. Während 1988 insgesamt 22 400 Personen verunglückten, waren es 1989 nicht ganz 22 000. Die Zahl der Verunglückten ging damit relativ genau so stark wie die Gesamtzahl der Unfälle zurück. 344 Personen wurden im vergangenen Jahr im Straßenverkehr getötet. Das sind 28 Personen weniger als 1988.

Straßenverkehrsunfälle und dabei Verunglückte

	1989	Veränderung gegenüber 1988 in %
Unfälle	87 500	- 2
davon mit Sachschaden	70 800	- 3
Personenschaden	16 800	- 2
Verunglückte	22 000	- 2
darunter Getötete	344	- 8

Zu dem Rückgang der Unfallzahlen haben viele Faktoren beigetragen. Einen maßgebenden Einfluß dürften die Erweiterung des Autobahnnetzes (der Abschnitt Bredenbek-Achterwehr der A 210 zwischen Kiel und Rendsburg wurde für den Verkehr freigegeben, ebenso zwei weitere Teilstücke der A 23, Hamburg-Heide, bei Albersdorf und Heide), der Bau von Umgehungsstraßen und Radwegen, vermehrte Geschwindigkeits- und Alkoholkontrollen sowie die Entschärfung von Unfallschwerpunkten gehabt haben. Auch der milde Winter hat sich positiv auf das Unfallgeschehen ausgewirkt.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich jeweils auf die ersten zehn Monate und nur auf Unfälle mit Personenschaden. Betrachtet man die Entwicklung des Unfallgeschehens auf den einzelnen Straßenarten, dann zeigt sich, daß die Zahl der Unfälle nur auf den Autobahnen zugenommen hat, wogegen auf allen anderen Straßenarten weniger Unfälle registriert wurden. Überdurchschnittlich stark nahm dabei das Unfallaufkommen auf den Bundes- und Landesstraßen ab (jeweils 4 %). Es ist anzunehmen, daß diese Entwicklung auch mit der Erweiterung des Autobahnnetzes zusammenhängt.

Mit einem Kraftfahrzeug verunglückten in den ersten zehn Monaten des Jahres 1989 insgesamt 13 600 Personen. Das sind 5 % weniger als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1988. Besonders stark nahm die Zahl der mit einem Kraftrad verunglückten Personen ab (- 15 %). Entscheidend hierfür war der deutlich geringere Bestand an Krafträdern. Während die Zahl der verunglückten Fußgänger um 7 % zurückging, erhöhte sich die Zahl der verunglückten Radfahrer um 3 %. Die Radfahrer waren damit die einzige Verkehrsgruppe mit mehr Verunglückten.

Die Polizei ermittelte bei den Unfällen mit Personenschaden insgesamt 22 200 Unfallursachen. Das sind durchschnittlich 1,6 Ursachen je Unfall. 87 % der Unfallursachen waren Fahrzeugführern, 5 % den Fußgän-

gern zuzuschreiben. Die übrigen Unfallursachen bezogen sich vorwiegend auf Straßenverhältnisse.

Die Häufigkeitsverteilung der Fehler von Fahrzeugführern hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Zu schnelles Fahren machte fast ein Viertel der Unfallursachen aus. Dahinter folgten Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren (Anteil: 12 %) sowie Nichtbeachten der Vorfahrt (11 %). Rund 1 400mal wurde Alkohol als Unfallursache aufgenommen (6 %). Bei Fußgängern tauchte die Ursache „Alkoholeinfluß“ 120mal auf. Das sind 11 % der bei Fußgängern aufgenommenen Ursachen.

Binnenschifffahrt

Die Binnenschifffahrt schlug 1989 im Verkehr mit Schleswig-Holstein insgesamt 3,52 Mill. t Güter um. Das sind rund 200 000 t oder 5 % weniger als 1988. Der Empfang verringerte sich um 8 % auf 1,63 Mill. t, der Versand um 3 % auf 1,89 Mill. t.

Der für die Binnenschifffahrt bedeutendste Umschlagplatz in Schleswig-Holstein ist der Hafen Brunsbüttel. Im Jahre 1989 wurden dort 1,7 Mill. t Güter umgeschlagen, 3 % mehr als im Jahre 1988. 89 % des Binnenschiffahrts-Umschlags in Brunsbüttel entfielen 1989 auf Mineralerzeugnisse, vorwiegend Kraftstoffe und Heizöl. Damit konnte das Vorjahresergebnis bei diesen Gütern gehalten werden.

Der Güterumschlag im Hafen Lübeck hat gegenüber dem Vorjahr einen Verlust von rund 120 000 t (- 23 %) zu verzeichnen. Lübeck konnte damit jedoch auch 1989 seinen Platz hinter Brunsbüttel halten. Die Binnenschifffahrt schlug in Lübeck 1989 fast 400 000 t um. Das Güterspektrum ist vielfältiger und ausgeglichener als im Hafen Brunsbüttel. Einen wesentlichen Beitrag zum Gesamtumschlag leisteten 1989 Getreide, Steine und Erden, chemische Erzeugnisse sowie Düngemittel.

Von den größeren Umschlagplätzen konnten lediglich Glückstadt und Itzehoe Umschlagsgewinne verbuchen. In Glückstadt erhöhte sich der Umschlag um 15 % auf 112 000 t, in Itzehoe um 6 % auf 220 000 t.

Mit 282 000 t hält Kiel zwar den dritten Platz hinter den Häfen Brunsbüttel und Lübeck, hat jedoch einen Umschlagsverlust von 25 % zu verzeichnen. Einbußen gab es vor allem beim Versand von Getreide und von Steinen und Erden.

Insolvenzen

In Schleswig-Holstein hat sich 1989, anders als im Bundesgebiet, der in den letzten beiden Jahren zu beobachtende deutliche Rückgang in der Zahl der Insolvenzen nicht fortgesetzt. Während die Zahl der Insolvenzen im Bundesgebiet um 8 % abnahm, stieg sie in Schleswig-Holstein um 11 %. Bei den Amtsgerichten unseres Landes wurden 1989 insgesamt 702 Insolvenzen registriert. Es handelt sich ausschließlich um Konkurse, deren Zahl um 71 gegenüber 1988 zugenommen hat. Vergleichsverfahren, von denen es 1988 noch drei gegeben hatte, wurden nicht beantragt.

Die finanziellen Auswirkungen der Insolvenzen waren dagegen nicht mehr ganz so hoch wie ein Jahr zuvor. So ist der Anteil der totalen finanziellen Zusammenbrüche von 75 % auf 73 % zurückgegangen. Von den 702 beantragten Konkursverfahren wurden 191 eröffnet und 511 mangels Masse abgelehnt. Auch die vorläufigen Forderungen der Gläubiger gingen leicht zurück. Während im Vorjahr 274 Mill. DM angemeldet worden waren, waren es 1989 knapp 245 Mill. DM. Das entspricht einer durchschnittlichen Forderung von 471 000 DM anstelle von 527 000 DM. Die Zahl der Millionenkonkurse ist ebenfalls geringer geworden. Im Jahre 1988 waren es 55 gewesen, und letztes Jahr waren es 39. Bei 15 oder fast vier Zehnteln der Millionenkonkurse gingen die Gläubiger leer aus.

Jahr	Insolvenzen insgesamt	zusammen	Konkurse		Vergleiche
			mangels Masse abgelehnt		
			Anzahl	in % von zusammen	
1980	435	432	297	69	3
1981	544	539	420	78	5
1982	676	673	515	77	3
1983	651	648	511	79	3
1984	765	763	580	76	2
1985	877	874	626	72	2
1986	870	870	666	77	-
1987	752	752	569	76	-
1988	634	631	471	75	3
1989	702	702	511	73	-

Gut drei Viertel oder 532 der 702 Konkurse betrafen Unternehmen und 170 natürliche Personen, Nachlässe oder sonstige Gemeinschuldner. Die Unternehmenskonkurse haben gegenüber 1988 um 45 oder 9 % und die anderen um 26 zugenommen. Die weitaus meisten insolventen Unternehmen, nämlich 424 oder acht Zehntel, sind in den letzten acht Jahren gegründet worden, und nur 108 hatten ein älteres Gründungsjahr.

Die Fallzahlen allein sagen nichts über die Konkursanfälligkeit der schleswig-holsteinischen Unternehmen aus. Dazu muß eine Relation zu den insgesamt bestehenden Unternehmen gebildet werden. Eine solche Quote ist mit Hilfe der Unternehmensergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 möglich. Bezieht man die 532 Unternehmenskonkurse auf die 81 140 in Schleswig-Holstein vorhandenen Unternehmen, so ergibt sich eine Konkursquote (Konkurse je 1 000 Unternehmen) von 6,6. Es wurden also knapp 7 von 1 000 Unternehmen von einer Zahlungsunfähigkeit betroffen. Die Quote dürfte sogar noch etwas niedriger sein, da jedes Jahr deutlich mehr neue Unternehmen angemeldet als abgemeldet werden und die als Berechnungsgrundlage verwendete Arbeitsstättenzählung zwei Jahre zurückliegt.

Von der Rechtsform her sind vor allem Gesellschaften mit beschränkter Haftung (262) und nicht in das Handelsregister eingetragene Unternehmen einschließlich Einzelfirmen (222) in Konkurs gegangen. Während beide Rechtsformen in der Fallzahl nicht weit auseinander liegen, zeigt sich bei der Konkursquote ein deutlicher Unterschied. Für die Gesellschaften m.b.H. beläuft sich die Quote auf 38,5 und für die anderen auf 3,2. Eine überdurchschnittliche Quote ergibt sich auch bei den offenen Handels- und Kommanditgesellschaften mit 11,2, obwohl es hier nur 48 Konkurse gab.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen zeigt sich das bekannte Bild. Das Baugewerbe ist mit 139 Konkursen am zahlreichsten vertreten, und seine Konkursquote ist mit fast 17 ebenfalls am größten. An zweiter Stelle liegen die Dienstleistungen (137), deren Quote aber mit gut 4 deutlich unterdurchschnittlich ist. Es folgen der Handel mit 133 Fällen (Quote: 6) und das verarbeitende Gewerbe mit 86 Fällen (Quote: 8). Demgegenüber gab es im Bereich Energie-, Wasserversorgung und Bergbau keine Konkurse und im Bereich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe nur einen.

Steuern

Staatliche Steuern

Das Aufkommen aus staatlichen Steuern ist abermals kräftig gestiegen. Die Steuerpflichtigen in Schleswig-Holstein zahlten im Jahre 1989 fast 13 Mrd. DM an staatlichen Steuern und damit 1,1 Mrd. DM oder 9,2 % mehr als ein Jahr zuvor. In den beiden vorangegangenen Jahren hatte die Zuwachsrate 6,4 % und 5,0 % ausgemacht. Jeder Einwohner in Schleswig-Holstein mußte im Durchschnitt mehr als 5 000 DM bezahlen.

Die gemeinschaftlichen Steuern, die knapp neun Zehntel des Aufkommens erbrachten, erhöhten sich um fast 1 Mrd. DM oder 9,1 % auf 11,6 Mrd. DM. Der wichtigste Teil von ihnen ist nach wie vor die Lohnsteuer. Sie stieg um 391 Mill. DM oder 7,8 % auf 5,4 Mrd. DM an und somit deutlicher als ein Jahr zuvor (+ 3,2 %). Die anderen Steuern vom Einkommen wiesen zwar höhere Zuwachsraten auf, sind aber längst nicht so ergebnisbringend. Die veranlagte Einkommensteuer erbrachte 1,4 Mrd. DM (+ 15,1 %) und die Körperschaftsteuer 819 Mill. DM (+ 10,0 %). Die auch zu den gemeinschaftlichen Steuern gehörenden Steuern vom Umsatz verzeichneten einen Anstieg um 214 Mill. DM oder 6,2 % auf 3,7 Mrd. DM. Während die inländische Umsatzsteuer um 65 Mill. DM (+ 3,2 %) höher ausfiel, verbesserte sich das Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer um 150 Mill. DM (+ 10,3 %).

Staatliche Steuer	1988	1989	Veränderung
	Mill. DM		in %
	Aufkommen (vor der Steuerverteilung)		
Lohnsteuer	5 005	5 396	+ 7,8
Veranlagte Einkommensteuer	1 214	1 398	+ 15,1
Körperschaftsteuer	745	819	+ 10,0
Steuern vom Umsatz	3 467	3 681	+ 6,2
	Einnahmen (nach der Steuerverteilung)		
Bund	5 952	6 480	+ 8,9
Land	6 554	6 937	+ 5,8

Die Landessteuern lagen mit 849 Mill. DM um 77 Mill. DM oder 10,0 % über dem Vorjahresaufkommen. Zu dem Anstieg trugen vor allem die Kfz-Steuer (45 Mill. DM oder 14,0 %) und die Grunderwerbsteuer (24 Mill. DM oder 17,7 %) bei. Die Bundessteuern kamen auf 570 Mill. DM und erhöhten sich um 48 Mill. DM oder 9,3 %.

Von dem oben beschriebenen Steueraufkommen, auch örtliches oder Aufkommen vor der Steuerverteilung genannt, verbleiben dem Bund die Bundessteuern und dem Land die Landessteuern, während die gemeinschaftlichen Steuern nach einem bestimmten Schlüssel auf Bund, Land und Gemeinden verteilt werden. Man spricht dann von Steuereinnahmen. Zur Verdeutlichung wird dieser Begriff auch mit dem Zusatz „nach der Steuerverteilung“ versehen.

Die Steuereinnahmen des Landes beliefen sich 1989 auf 6,9 Mrd. DM. In die Kassen des Landes sind damit 383 Mill. DM oder 5,8 % mehr geflossen als ein Jahr zuvor. Der Bund nahm in Schleswig-Holstein 6,5 Mrd. DM an Steuern ein, was einer Zunahme von 528 Mill. DM oder 8,9 % entspricht. Ein Jahr zuvor hatte die Zuwachsrate beim Land ebenfalls 5,8 % und beim Bund 6,2 % ausgemacht.

Gemeindesteuern

Das Steueraufkommen der schleswig-holsteinischen Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte blieb sich 1989 auf 1,3 Mrd. DM und war um 101 Mill. DM oder 8,2 % höher als 1988. Der Anstieg war damit geringer als ein Jahr zuvor, als es 128 Mill. DM oder 11,6 % gewesen waren. Die wichtigste Gemeindesteuer, die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, wuchs um 68 Mill. DM oder 7,7 % (Vorjahr: + 121 Mill. DM oder + 15,9 %) auf 952 Mill. DM. Die Grundsteuer B, die auf Wohn- und Betriebsgrundstücke erhoben wird, nahm um 22 Mill. DM oder 7,8 % auf 308 Mill. DM zu. Die nicht so ertragreiche Grundsteuer A, die auf landwirtschaftliche Grundstücke erhoben wird, blieb mit einem Aufkommen von 31 Mill. DM nahezu unverändert. Die sonstigen Steuern, zu denen vor allem die Zweitwohnungsteuer gehört, stiegen zwar kräftig um 31,2 % an, sie erbrachten aber nur ein Aufkommen von 45 Mill. DM.

Gemeindesteuer	1988	1989	Veränderung
	Mill. DM		in %
Grundsteuer A	31,2	31,0	- 0,4
Grundsteuer B	285,4	307,8	+ 7,8
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	883,8	951,8	+ 7,7
Sonstige Steuern	34,6	45,3	+ 31,2
Steueraufkommen vor der Verteilung	1 234,9	1 335,9	+ 8,2
+ Gemeindeanteil Einkommensteuer	1 137,7	1 263,2	+ 11,0
- Gewerbesteuerumlage	141,6	154,2	+ 8,8
= Steuereinnahmen nach der Verteilung	2 231,0	2 445,0	+ 9,6

Von dem oben erwähnten Aufkommen haben die Kommunen im Rahmen der Gemeindefinanzreform eine Gewerbesteuerumlage in Höhe von durchschnittlich 16 % des Gewerbesteueraufkommens abzuführen und erhalten dafür 15 % vom Landesaufkommen der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer. Der Gemeindefinanzanteil an der Einkommensteuer erhöhte sich kräftig um 125 Mill. DM oder 11,0 % auf 1,3 Mrd. DM. Die Gewerbesteuerumlage machte 154 Mill. DM aus. In die Kassen der Kommunen flossen daher 1989 über 2,4 Mrd. DM. Die Steuereinnahmen der Kommunen wuchsen gegenüber 1988 um 214 Mill. DM oder 9,6 % (Vorjahr: + 154 Mill. DM oder + 7,4 %).

Personal im öffentlichen Dienst

Im unmittelbaren öffentlichen Dienst (Verwaltung, Krankenhäuser, rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen, Bundesbahn, Bundespost und kommunale Zweckverbände) waren am 30. Juni 1989 fast 194 000 Personen beschäftigt. Ihre Anzahl ist gegenüber 1988 nahezu unverändert geblieben. Von ihnen standen 62 000 oder gut drei Zehntel im Dienste des Bundes, 71 500 oder 37 % im Dienste des Landes und 60 500 oder über drei Zehntel im Dienste der Kommunen. Die Teilzeitbeschäftigung hat bei den Kommunen (ein Viertel) und beim Land (ein Fünftel) ein größeres Gewicht als beim Bund (knapp ein Zehntel).

Bund

Für den Bund waren am 30. Juni 1989 in Schleswig-Holstein knapp 62 000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig. Ihre Zahl ist gegenüber 1988 fast unverändert geblieben (- 100 oder - 0,1 %). Gut neun Zehntel oder 56 500 von ihnen waren vollzeitbeschäftigt und entsprechend knapp ein Zehntel oder gut 5 000 teilzeitbeschäftigt. Zwischen den beiden Arten des Beschäftigungsumfanges gab es eine unterschiedliche Entwicklung. Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 500 oder 0,8 % abnahm, erhöhte sich die der Teilzeitbeschäftigten um 400 oder 7,2 %.

Weniger als 700 der Vollzeitbeschäftigten waren für Aufgaben von begrenzter Dauer eingesetzt, und 4 000 standen in einer Ausbildung. Die Beamten und Beamtinnen einschließlich Richter und Richterinnen stellen

44 % der Vollzeitbeschäftigten, die Arbeiter und Arbeiterinnen 40 % und die Angestellten 16 %. Die Anzahl ist in allen drei Dienstverhältnissen gegenüber 1988 zurückgegangen.

Beschäftigte am 30. 6. im unmittelbaren Bundesdienst	1988	1989	Veränderung in %
Vollzeitbeschäftigte			
Beamte/Beamtinnen u. Richter/innen	25 138	24 833	- 1,2
Angestellte	9 051	8 985	- 0,7
Arbeiter/innen	22 814	22 735	- 0,3
Zusammen	57 003	56 553	- 0,8
und zwar mit Zeitvertrag	503	664	+ 32,0
in Ausbildung	3 730	3 817	+ 2,3
Teilzeitbeschäftigte			
halbe Zeit und mehr	4 218	4 490	+ 6,4
weniger als halbe Zeit	737	823	+ 11,7
Zusammen	4 955	5 313	+ 7,2
Insgesamt	61 958	61 866	- 0,1
davon			
Verwaltung und rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	35 138	34 911	- 0,6
Deutsche Bundesbahn	7 190	6 946	- 3,4
Deutsche Bundespost	19 630	20 009	+ 1,9

Die meisten Beschäftigten, nämlich 35 000 oder 56 %, sind in der Verwaltung und rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen tätig, 20 000 oder fast ein Drittel bei der Deutschen Bundespost und 7 000 oder reichlich ein Zehntel bei der Deutschen Bundesbahn. Nur im Bereich der Bundespost ist ein geringfügiger Personalzuwachs aufgetreten.

Land

Der Personalstand im unmittelbaren Landesdienst ist in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben. Am 30. Juni 1989 waren 71 500 Männer und Frauen beim Land Schleswig-Holstein beschäftigt. Das sind 200 oder 0,3 % weniger als ein Jahr zuvor. Fast acht Zehntel oder 56 000 von ihnen waren vollzeitbeschäftigt und 15 600 teilzeitbeschäftigt. Gegenüber 1988 ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um gut 1 000 oder 1,8 % zurück und die der Teilzeitbeschäftigten stieg um 850 oder 5,8 %. Unter Letzteren nahm aber allein die Zahl derjenigen Teilzeitbeschäftigten zu, die die Hälfte und mehr der üblichen Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten tätig sind (+ 6,7 %). Die Zahl der im geringeren Umfang Beschäftigten ging dagegen zurück (- 4,5 %).

Fast 2 700 der Vollzeitbeschäftigten waren für Aufgaben von begrenzter Dauer eingesetzt (- 9,1 %), und

Beschäftigte am 30. 6. im unmittelbaren Landesdienst	1988	1989	Veränderung in %
Vollzeitbeschäftigte			
Beamte/Beamtinnen u. Richter/innen	34 407	33 920	- 1,4
Angestellte	17 799	17 310	- 2,7
Arbeiter/innen	4 723	4 648	- 1,6
Zusammen	56 929	55 878	- 1,8
und zwar mit Zeitvertrag	2 931	2 665	- 9,1
in Ausbildung	4 600	4 195	- 8,8
Teilzeitbeschäftigte			
halbe Zeit und mehr	13 511	14 419	+ 6,7
weniger als halbe Zeit	1 270	1 213	- 4,5
Zusammen	14 781	15 632	+ 5,8
Insgesamt	71 710	71 510	- 0,3
davon			
Verwaltung	61 372	61 106	- 0,4
Krankenhäuser	9 694	9 804	+ 1,1
rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	644	600	- 6,8

4 200 standen in einer Ausbildung (- 8,8 %). Die Beamten und Beamtinnen einschließlich Richter und Richterinnen dominieren weiterhin unter den Vollzeitbeschäftigten mit sechs Zehnteln. Es folgen die Angestellten mit drei Zehnteln und die Arbeiter und Arbeiterinnen mit knapp einem Zehntel. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten ist in allen drei Dienstverhältnissen gegenüber 1988 zurückgegangen.

Die bei weitem meisten Beschäftigten, nämlich über 61 000 oder 85 %, sind in der Verwaltung tätig. Hier ist ebenso wie bei den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen (Forstämter) ein Rückgang zu verzeichnen. Nur im Bereich der Krankenhäuser gab es mehr Beschäftigte als 1988 (+ 1,1 %).

Kommunen

Im unmittelbaren Kommunaldienst waren am 30. Juni 1989 rund 60 000 Männer und Frauen beschäftigt und damit gut 300 oder 0,5 % mehr als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Anders als im unmittelbaren Bundes- und Landesdienst nahm sowohl die Zahl der Vollzeitbeschäftigten (+ 100 oder + 0,2 %) als auch die der Teilzeitbeschäftigten (+ 200 oder + 1,3 %) zu. Jede vierte Person im Kommunaldienst ist teilzeitbeschäftigt. Die weitaus meisten von ihnen, nämlich acht Zehntel, arbeiten die Hälfte und mehr der üblichen Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten.

Von den Vollzeitbeschäftigten waren 4 200 für Aufgaben von begrenzter Dauer eingesetzt (- 11,4 %), und 3 500 standen in einem Ausbildungsverhältnis

Beschäftigte am 30. 6. im unmittelbaren Kommunaldienst	1988	1989	Veränderung in %
Vollzeitbeschäftigte			
Beamte/Beamtinnen u. Richter/innen	5 768	5 795	+ 0,5
Angestellte	24 693	24 925	+ 0,9
Arbeiter/innen	14 416	14 265	- 1,0
Zusammen	44 877	44 985	+ 0,2
und zwar mit Zeitvertrag	4 712	4 176	- 11,4
in Ausbildung	3 304	3 452	+ 4,5
Teilzeitbeschäftigte			
halbe Zeit und mehr	12 665	12 343	- 2,5
weniger als halbe Zeit	2 606	3 133	+ 20,2
Zusammen	15 271	15 476	+ 1,3
Insgesamt	60 148	60 461	+ 0,5
davon			
Verwaltung	42 364	42 395	+ 0,1
Krankenhäuser	8 919	9 309	+ 4,4
rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	6 345	6 227	- 1,9
Zweckverbände	2 520	2 530	+ 0,4

(+ 4,5 %). Im Kommunaldienst dominieren die Angestellten mit 25 000 oder 55 % der Vollzeitbeschäftigten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen stellen gut drei Zehntel und die Beamten und Beamtinnen nur ein Achtel.

Von allen Beschäftigten im unmittelbaren Kommunaldienst waren 42 400 oder sieben Zehntel in den Gemeinde-, Kreis- und Amtsverwaltungen tätig, 9 300 oder ein Sechstel in den Krankenhäusern, 6 200 oder ein Zehntel in den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen und 2 500 oder 4 % bei den Zweckverbänden. Der Personalstand ist nur im Bereich der Krankenhäuser etwas merklicher gestiegen (+ 400 oder + 4,4 %). In der Verwaltung und bei den Zweckverbänden blieb er nahezu unverändert, und bei den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen ging er sogar zurück.

Preisentwicklung

Preisindizes der Lebenshaltung im Bundesgebiet

Im Oktober 1989 wurden alle Indexwerte auf den Warenkorb von 1985 umgestellt. In Heft 2/1990 dieser Zeitschrift ist darüber berichtet worden. Durch diese Umbasierung ergeben sich für die Monate Januar 1985 bis September 1989 in der bisherigen Darstellung der Basisjahre (1980, 1976, 1970 usw.) neue Indexzahlen;

die Indexwerte vor 1985 bleiben unverändert. Dagegen wurden für die Originalbasis 1985 $\hat{=}$ 100 alle Indexwerte ab Januar 1985 neugerechnet und die Indexwerte davor soweit wie möglich zurückgerechnet.

Der Indexwert 1989 betrug im Jahresdurchschnitt auf Bundesebene beim Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 104,2 %, darunter beim Teilindex für Wohnungsmiete 108,8 %, bei 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen 103,9 %, bei 4-Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen 104,9 % und bei 2-Personen-Haushalten von Rentnern und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen 104,0 %.

War der Index für alle privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt 1986 noch um 0,2 % gesunken, so stieg er 1987 um 0,2 %, 1988 um 1,3 % und 1989 um 2,8 %.

Verbraucherpreise

Preisänderungen in Schleswig-Holstein lassen sich lediglich anhand von Meßziffern für einzelne Waren und Dienstleistungen nachweisen, da die zur Verfügung stehende Datenbasis für die Berechnung eines Landesindex für Schleswig-Holstein nicht ausreicht. Überdurchschnittliche Preissteigerungen im Jahr 1989 gab es im Bereich der Nahrungsmittel bei Fleisch und Fischwaren (Schweinebraten 6,8 %, Koteletts 7,3 %, Salami 5,2 %, Seefisch 8,3 %, Rotbarsch 9,0 %), bei H-Milch mit 4,7 %, Speisequark mit 4,7 %, Speisekartoffeln mit 10,8 %, Paprikaschoten mit 11,2 % und Weintrauben mit 16,7 %. Frisches Gemüse war dagegen überwiegend billiger. Die Preise für Genußmittel blieben relativ konstant.

Bei den Wohnungsmieten kam es 1989 zu Preissteigerungen zwischen 2,2 % und 4,3 % (sozialer Wohnungsbau).

Nicht nur durch die höheren Verbrauchssteuern, sondern auch durch die Preisgestaltung haben die „öffentlichen Hände“ zur Verteuerung der Lebenshaltung beigetragen: für den Wasserverbrauch mußten die Haushalte je nach Abnahmemenge bis zu 4,6 %, für die Abwasserbeseitigung 7,3 %, für die Müllabfuhr 5,2 %, für elektrischen Strom zum Teil bis 5,8 %, für ein Theaterabonnement 5,8 %, für ein Opernabonnement 4,3 % und für die Straßenbahn- oder Omnibusfahrt eines Erwachsenen 3,6 % mehr bezahlen als ein

Jahr zuvor. Während die Gastarife zwischen 0,8 % und 2,1 % sanken, erhöhten sich die Preise für leichtes Heizöl um 37,6 %.

Blieben die Preise beim Kraftfahrzeug-Zubehör relativ konstant, so ist der Fahrschulunterricht um 8,6 % und die gewerbliche Garagenmiete um 6,3 % teurer geworden. Überdurchschnittlich erhöhten sich die Preise für Kraftstoffe (Normalbenzin 16,9 %, Superbenzin zwischen 18,9 und 20 %, bleifreies Superbenzin 15,7 %, Diesel zwischen 5,9 und 6,7 %).

Preisnachlässe konnten dagegen überwiegend bei Rundfunk-, Fernseh-, Phono-, Foto- und Kinoapparaten bzw. -geräten festgestellt werden.

Verdienste und Arbeitszeiten

Die Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Schleswig-Holstein sollen anhand der letzten Erhebung im Oktober 1989 dargestellt werden, weil die Ergebnisse der Jahresverdiensterhebung 1989 noch nicht vorliegen. Als Beschäftigte im Rahmen dieser Statistik gelten vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte, die in der Rentenversicherung versichert sind. Auch vorübergehend vom Arbeitsplatz abwesende Arbeitnehmer werden einbezogen, wenn sie für die gesamte Berichtszeit (Oktober) vollen Lohn und Urlaubsgeld erhalten oder kurzgearbeitet haben. Auszubildende und familienangehörige Arbeitskräfte bleiben unberücksichtigt. In der Quartalerhebung werden einmalige unregelmäßige Zahlungen nicht erfaßt. Sie erhöhen jedoch in einigen Wirtschaftszweigen die Jahresverdienste ganz erheblich und werden gesondert ermittelt.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß die angegebenen Durchschnittswerte, insbesondere die Bruttowochenverdienste, nur sehr grobe Anhaltspunkte für die Verdienste bieten. Der individuelle Lohn wird von sehr vielen Faktoren bestimmt, von denen Qualifikation, Länge der Arbeitszeit, Dauer der Betriebszugehörigkeit, verschiedene Zuschläge, das Alter und die Branche die wichtigsten sind.

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste in der Industrie (einschl. Bau) — berechnet als Lohnsumme pro bezahlte Arbeitsstunde — waren im Oktober 1989 gegenüber dem Vorjahresmonat bei den Männern um

3,6 % und bei den Frauen um 3,3 % auf 19,61 DM bzw. 14,14 DM gestiegen. Die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste erhöhten sich bei den Männern dagegen nur um 2,4 % und bei den Frauen um 2,3 %. Diese von den Stundenlohnsteigerungen abweichenden niedrigeren Zuwachsraten werden bei Männern und Frauen durch eine Reduzierung der pro Woche geleisteten Arbeitsstunden um 1,2 % bzw. um 1,0 % erklärt. Die Männer erhielten einen durchschnittlichen Bruttowochenverdienst von 797 DM, die Frauen einen in Höhe von 553 DM.

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in der Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) im Oktober 1989

	Leistungsgruppe			Alle Arbeiter	Veränderung geg. Okt. 1988 in %
	1	2	3		
	DM				
Bruttowochenverdienste					
Männer	838	728	676	797	+ 2,4
Frauen	680	575	527	553	+ 2,3
Bruttostundenverdienste					
Männer	20,66	17,90	16,51	19,61	+ 3,6
Frauen	17,52	14,90	13,39	14,14	+ 3,3
	Stunden				
Bezahlte Wochenstunden ¹					
Männer	40,6	40,7	40,9	40,6	- 1,2
Frauen	38,8	38,6	39,4	39,1	- 1,0

1) Wochendurchschnitt; Wochenstunden einschließlich Mehrarbeitsstunden

Die Struktur des Arbeitskräftebestandes hat sich nicht geändert: wie in den Vorjahren waren gut zwei Drittel der Arbeiter in Leistungsgruppe 1 als Facharbeiter, dagegen 61 % der Arbeiterinnen als Ungelernte in Leistungsgruppe 3 eingruppiert.

Leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis (Gruppe I) werden in dieser Statistik nicht erfaßt.

Die Bruttomonatsverdienste der männlichen Angestellten in der Industrie (einschl. Bau) erhöhten sich gegenüber 1988 durchschnittlich um 3,3 % auf 4 867 DM, die der weiblichen Angestellten stiegen um 4,4 % auf 3 306 DM. Im Bereich Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe wurden 3 858 DM (+ 3,6 %) bzw. 2 659 DM (+ 3,5 %) gezahlt. Die Besetzung der Leistungsgruppen ist stabil geblieben. 1989 waren in der Industrie von den männlichen Angestellten 37 % in Gruppe II, 52 % in III und 11 % in IV; die weiblichen

Angestellten waren zu 5 % in II, zu 39 % in III und zu 47 % in IV. Vornehmlich aufgrund des großen Anteils der Verkäufer und Verkäuferinnen im Handel sind die Schwergewichte im Dienstleistungsbereich verlagert; von den Männern waren 31 % in II, 44 % in III und 22 % in IV; die Frauen waren zu 4 % in II, zu 31 % in III und zu 59 % in IV eingruppiert.

	Leistungsgruppe				Alle Angestellten	Zunahme gegenüber Okt. 1988 in %
	II	III	IV	V		
	DM					
Männer	5 928	4 438	3 403	2 851	4 867	+ 3,3
Frauen	5 222	3 762	2 885	2 345	3 306	+ 4,4

Der Trend, in den Tarifverträgen nicht mehr nach Angestellten und Arbeitern zu unterscheiden, hat sich auch im Jahre 1989 fortgesetzt.

Wirtschaftliches Wachstum

Nach ersten vorläufigen Schätzungen betrug das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 1989 etwa 76 Mrd. DM. Das sind nominal 4,5 % mehr als 1988. Real, d. h. in Preisen von 1980 gemessen, war der Wert der in Schleswig-Holstein erzeugten Güter und Dienste um 1,9 % höher als ein Jahr zuvor. Im Bundesgebiet gab es nach ebenfalls erster vorläufiger Schätzung einen nominalen Zuwachs von 5,7 % und ein reales wirtschaftliches Wachstum von 3,4 %, gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

Die Wachstumsrate Schleswig-Holsteins ist durch eine Sonderentwicklung gekennzeichnet: In einem Einzelfall — der deshalb auch der statistischen Geheimhaltung unterliegt — hat ein Unternehmen seine enorm verbrauchsteuerhaltige Produktion von Schleswig-Holstein in ein anderes Bundesland verlagert. Verbrauchsteuern — etwa auf Kaffee, Tabak, Spirituosen oder Mineralöl — werden am Produktionsort erhoben und erhöhen dort den Marktwert der Güter. Ohne die 1989 nun fehlende, für Schleswig-Holstein aber ökonomisch irrelevante Verbrauchsteuer gerechnet, läge der

Zuwachs des schleswig-holsteinischen Bruttoinlandsproduktes zu Marktpreisen deutlich näher am Bundesdurchschnitt.

Eine gegenüber dem Ergebnis für 1989 schon wesentlich fundiertere Berechnung gibt es nunmehr für die

Jahre 1987 und 1988. Danach hatte das reale wirtschaftliche Wachstum 1987 0,9 % (Bund 1,8 %) und 1988 3,0 % (Bund 3,7 %) betragen. Die mittlere jährliche Wachstumsrate in den Neuberechneten drei Jahren 1987, 1988 und 1989 beträgt in Schleswig-Holstein 1,9 % und im Bund 3,0 %.

Beteiligte Autoren:

Erwin Beyermann, Birgit von Brandis, Walter Dahms, Kerstin Ehlers, Leonhard Gawlik, Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt, Josef Keil, Karlheinz König, Dr. Friedrich-Wilhelm Lück, Folkert Lührs, Reiner Meichsner, Ingo Petersen, Klaus Scheithauer, Bernd Struck, Gerhard Winck, Friedrich-Karl Wormeck

Land und Bund im Vergleich

Hier werden die wichtigsten, in den Textbeiträgen auch kommentierten Merkmale der Landesentwicklung den entsprechenden Daten für das gesamte Bundesgebiet gegenübergestellt. Aus Gründen unterschiedlichen Redaktionsschlusses sind, wenn in die Tabelle aktuellere Ergebnisse noch eingebaut werden konnten, Abweichungen zu den Zahlen der Textbeiträge möglich.

Schleswig-Holstein im Vergleich mit dem Bundesgebiet 1989

Merkmal	Dimension	Bund ¹		Land		Anteil des Landes am Bundeswert in %
		absolut	Veränderung zum Vorjahr in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr in %	
Bevölkerungsbewegung²						
Lebendgeborene	1 000	677	+ 0,0	27,4	+ 0,2	4,0
Gestorbene	"	693	+ 0,8	30,5	+ 0,4	4,4
Studenten (Jahresende)	"	1 510	+ 2,7	37	+ 5,5	2,5
Straßenverkehrsunfälle						
Anzahl	"	1 996	- 1,3	88	- 2,3	4,4
Dabei Verunglückte	"	457	+ 0,2	22,0	- 1,8	4,8
Darunter Getötete	Anzahl	7 985	- 2,8	344	- 17,5	4,3
Landwirtschaft						
Getreideernte	Mill. t	26	- 3,7	2,3	- 5,8	9,0
Milchproduktion ³	"	24	+ 1,1	2,4	+ 1,7	9,9
Schlachtmenge ²	1 000 t	4 762	- 4,3	347	- 6,3	7,3
Verarbeitendes Gewerbe⁴						
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	1 000	7 134	+ 1,3	169	+ 2,4	2,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mrd. DM	344	+ 5,1	7,6	+ 5,7	2,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	1 692	+ 8,4	41,0	+ 6,9	2,4
Bauhauptgewerbe²						
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	1 000	999	+ 0,3	40	+ 0,1	4,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	1 313	+ 1,7	53	+ 1,8	4,0
Baugewerbl. Umsatz (o. Umsatzsteuer)	Mrd. DM	125	+ 7,6	4,7	+ 7,5	3,8
Baugenehmigungen						
Wohnungen im Wohnbau ⁵	1 000	245	+ 28,1	7,8	+ 12,6	3,2
Einzelhandel						
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	113,6	+ 4,8	115,6	+ 4,9	X
Gastgewerbe						
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	"	110,4	+ 4,0	110,9	+ 3,7	X
Fremdenverkehr⁶						
Ankünfte	Mill.	69	+ 6,5	3,4	+ 8,0	5,0
Übernachtungen	"	243	+ 3,9	17,6	+ 2,7	7,3
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)	1 000	2 038	- 9,1	101	- 7,3	5,0
Versicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni ⁷	"	21 620	+ 1,7	754	+ 1,6	3,5
Insolvenzen						
	Anzahl	14 643	- 8,1	702	+ 10,7	4,8
Bruttoinlandsprodukt⁷						
	Mrd. DM	1 751	+ 3,4	60	+ 1,9	3,4

1) einschl. Berlin (West)

2) Bundeswerte vorläufig

3) vorläufige Werte

4) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Bundeszahlen vorläufig

5) Nur Errichtung neuer Gebäude, vorläufige Werte

6) In Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschl. Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

7) In Preisen von 1980; erste vorläufige Werte

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p = vorläufige Zahl
- r = berichtigte Zahl
- s = geschätzte Zahl
- D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSFESTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

42. Jahrgang . Heft 4 . April 1990

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988		1989		1988/89			1989/90				
						Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT													
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 560	...	2 565	2 565	2 566
NATURLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG													
Eheschließungen	Anzahl	1 439	1 437	1 383	469	609	932	1 429
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,7	...	6,4	2,2	3,1
Lebendgeborene	Anzahl	2 276	2 281	2 340	2 174	2 088	2 226	2 406
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	...	10,7	10,0	10,6
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 535	2 546	2 804	2 571	2 413	2 478	3 261
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,9	...	12,9	11,8	12,3
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	15	26	19	15	12	14
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	6,6	11,1	8,7	7,2	5,4	5,8
Oberschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 259	- 264	- 464	- 397	- 325	- 252	- 855
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,2	...	- 2,1	- 1,8	- 1,7
WANDERUNGEN													
Ober die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 671	...	5 832	5 923	5 149
Ober die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 638	...	4 193	4 922	4 140
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 033	...	+ 1 639	+ 1 001	+ 1 009
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	8 977	...	8 811	9 382	8 232
Wanderungsfälle	Anzahl	19 286	...	18 836	20 227	17 521
ARBEITSLAGE													
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	101	112	119	118	99	106	114	114	114	114	114
darunter Männer	1 000	61	57	63	69	68	54	59	64	64	64	64	64
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	8,0	6,5	7,3	11,2	12,8	3,2	4,6	8,0	9,3	9,3	9,3	9,3
darunter Männer	1 000	7,2	5,8	6,5	10,4	12,0	2,7	4,2	7,6	8,9	8,9	8,9	8,9
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	5,7	6,5	4,3	5,2	5,7	6,9	6,3	7,0	9,0	9,0	9,0	9,0
LANDWIRTSCHAFT													
VIHBESTAND													
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 481 ^a	1 491 ^a	1 481	.	.	.	1 491
darunter Milchkühe	1 000	481 ^a	480 ^a	481	.	.	.	480
(ohne Ammen- und Mutterkühe)													
Schweine	1 000	1 540 ^a	1 451 ^a	1 540	.	.	.	1 451
darunter Zuchtsauen	1 000	151 ^a	144 ^a	151	.	.	.	144
darunter trächtig	1 000	103 ^a	99 ^a	103	.	.	.	99
SCHLACHTUNGEN²⁾													
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	43	41	40	33	34	59	30	36	40	40	40	40
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0
Schweine	1 000 St.	212	189	209	203	190	191	179	193	167	167	167	167
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	2	1	2	2	1	2	2	2	1	1	1	1
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾													
(ohne Geflügel)	1 000 t	30,9	29,0	29,2	26,9	26,5	35,0	24,5	28,0	27,1	27,1	27,1	27,1
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,0	12,7	11,7	9,8	10,3	18,4	9,0	11,1	12,5	12,5	12,5	12,5
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweine	1 000 t	17,6	16,0	17,3	16,9	15,9	16,3	15,2	16,6	14,4	14,4	14,4	14,4
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT FÜR²⁾													
Rinder (ohne Kälber)	kg	302	312	296	296	305	315	305	308	318	318	318	318
Kälber	kg	127	131	129	130	131	135	133	128	129	129	129	129
Schweine	kg	84	85	84	84	84	86	85	87	87	87	87	87
GEFLOGEL													
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	für Legehennenküken	1 000	98	99
	für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	121	77
MILCHERZEUGUNG													
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,5	13,7	12,9	12,5	12,3	12,9	12,6	12,4	11,9	11,9	11,9	11,9
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	94	96	94	94	97	95	93	93	93	93

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1988/89			1989/90				
				Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
PRODUZIERENDES GEWERBE											
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	169	167	167	172	172	172	...		
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	112	114	112	112	112	116	116	...		
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 433	15 483	14 899	15 664	15 228	16 577	14 636	15 861	...	
Lohnsumme	Mill. DM	344,4	360,4	364,4	331,2	312,3	471,4	374,9	358,2	...	
Gehaltssumme	Mill. DM	252,4	270,4	276,1	245,8	243,4	363,4	294,2	268,8	...	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 956	2 274	1 971	2 183	1 931	3 246	2 048	1 988	...	
aus dem Inland	Mill. DM	1 238	1 437	1 306	1 441	1 274	1 538	1 410	1 318	...	
aus dem Ausland	Mill. DM	718	837	664	741	657	1 708	638	670	...	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 194	3 414	3 898	3 135	2 878	3 731	3 752	3 355	...	
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 427	2 595	2 906	2 312	2 172	2 868	2 913	2 478	...	
Auslandsumsatz	Mill. DM	768	819	992	823	706	863	839	877	...	
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	15	
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	45,4	47,0	
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	63	
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7	
schweres Heizöl	1 000 t	67	56	
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	272	281	282	283	277	306	284	281	...	
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	34	35	37	33	43	36	35	...	
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	113,0	...	119,2	105,2	
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 301	39 744	38 687	38 691	38 193	40 392	39 791	39 105	38 730	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 262	4 382	3 372	3 562	3 371	4 863	3 345	3 408	3 400	
darunter für											
Wohnungsbauten	1 000	1 593	1 623	1 250	1 492	1 338	1 745	1 247	1 342	1 331	
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 071	1 181	925	942	907	1 353	932	1 014	1 018	
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 522	1 493	1 142	1 076	1 051	1 680	1 106	995	1 013	
Lohnsumme	Mill. DM	91,8	97,2	88,2	77,5	69,9	136,2	90,6	82,4	73,4	
Gehaltssumme	Mill. DM	18,6	19,3	19,5	17,1	17,3	27,8	19,4	18,6	18,0	
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	359,5	390,8	462,0	254,2	249,8	517,2	471,3	253,4	261,5	
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	224,2	236,4	182,8	143,8	146,0	240,5	213,6	154,7	203,9	
AUSBAUGEWERBE⁹⁾											
Beschäftigte	Anzahl	7 134	7 542	7 269	7 117	7 158	8 263	8 064	7 945	7 950	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	848	896	836	837	803	1 032	892	947	891	
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	21,6	21,3	18,8	18,1	28,6	23,9	22,9	21,1	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	57,5	64,0	99,9	36,1	43,5	87,4	112,7	45,2	51,5	
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾											
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 299	2 185	2 647	2 653	2 381	2 401	2 506	
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	939	944	1 066	1 088	959	1 040	1 079	
Gas erzeugung (brutto)	Mill. m ³	
HANDWERK											
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	99,0	101,2	100,4	.	.	.	103,4	.	.	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	150,5	159,2	175,2	.	.	.	188,6	.	.	

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1988/89			1989/90				
				Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	435	r 440	295	293	297	372	317	364	433	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	396	r 373	254	251	254	312	240	320	368	
2 Wohnungen	Anzahl	33	r 40	24	27	31	38	35	23	39	
Rauminhalt	1 000 m ³	319	r 353	212	221	230	297	278	307	344	
Wohnfläche	1 000 m ²	56	r 63	39	38	41	55	50	57	65	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	r 113	136	76	66	101	107	81	77	
Rauminhalt	1 000 m ³	515	r 557	798	332	248	407	516	672	331	
Nutzfläche	1 000 m ²	86	r 90	146	51	46	73	91	90	54	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	634	r 730	517	418	462	577	650	631	799	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	923,9	p 1 046,3	1 018,6	1 291,7	883,7	1 026,9	1 003,9	
davon Güter der	Mill. DM	150,8	p 184,9	172,6	169,7	169,4	175,9	157,2	
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	773,2	p 861,4	846,0	1 122,0	714,3	851,0	846,7	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	13,2	p 16,2	12,3	17,1	15,5	17,8	13,0	
davon Rohstoffe	Mill. DM	54,8	p 64,6	49,7	64,0	55,2	72,3	56,2	
Halbwaren	Mill. DM	705,2	p 780,6	784,0	1 040,9	643,6	760,9	777,5	
Fertigwaren	Mill. DM	124,0	p 125,7	124,6	119,5	116,7	135,9	104,2	
Vorzeugnisse	Mill. DM	581,2	p 654,9	659,4	921,4	526,9	625,0	673,3	
Enderzeugnisse	Mill. DM	nach ausgewählten Verbrauchsländern									
EG-Länder	Mill. DM	457,6	p 514,1	483,4	474,5	480,5	577,2	464,6	
darunter Niederlande	Mill. DM	85,9	p 104,7	94,2	83,8	100,2	131,3	103,4	
Frankreich	Mill. DM	83,3	p 93,4	90,5	86,2	86,0	103,8	83,2	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	78,9	p 84,5	79,9	77,5	70,8	91,5	69,4	
Dänemark	Mill. DM	77,5	p 74,5	75,9	71,4	72,3	76,6	70,7	
EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	110,2	p 116,2	140,6	p 96,7	p 98,2	p 124,7	p 145,0	p 105,7	...	
GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	106,9	p 111,1	90,9	p 73,5	p 71,0	p 87,4	p 98,7	p 75,1	...	
FREMDENVKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN											
MIT 9 UND MEHR GASTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
Ankünfte	1 000	266	287	124	97	118	180	146	p 104	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	32	37	18	11	17	28	25	p 12	...	
Übernachtungen	1 000	1 432	1 471	448	392	419	634	508	p 392	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	72	45	30	38	55	53	p 33	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 450	...	1 529	
Güterversand	1 000 t	880	...	1 014	
BINNENSCHIFFFAHRT											
Güterempfang	1 000 t	147	136	157	118	117	165	143	
Güterversand	1 000 t	163	158	170	131	118	194	141	
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾											
darunter Krafträder	Anzahl	10 000	9 987	10 069	7 852	9 214	8 975	9 844	
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	239	258	41	59	214	32	245	
Lastkraftwagen	Anzahl	9 044	8 970	9 369	7 155	8 347	8 246	8 898	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	437	467	391	433	433	468	438	
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 426	1 399	1 249	1 086	1 143	1 362	1 231	p 1 157	p 1 201	
Getötete Personen	Anzahl	31	29	20	24	27	30	35	p 31	p 27	
Verletzte Personen	Anzahl	1 832	1 802	1 548	1 377	1 451	1 746	1 656	p 1 489	p 1 581	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1988/89			1989/90				
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN²⁾											
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	77 967	80 020	77 967	77 575	77 977	80 108	80 020	79 696	80 499	
darunter											
Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	76 574	78 780	76 574	76 243	76 642	78 730	78 780	78 456	79 208	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 933	9 784	8 933	8 637	8 877	9 644	9 784	9 534	10 034	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 742	9 336	8 742	8 447	8 610	9 354	9 336	9 308	9 585	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	191	448	191	190	267	290	448	226	449	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 225	4 157	4 225	4 051	3 962	4 138	4 157	4 101	4 228	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 525	3 636	3 525	3 477	3 475	3 634	3 636	3 609	3 683	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	701	521	701	574	488	504	521	492	545	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	63 416	64 839	63 416	63 555	63 803	64 946	64 839	64 822	64 946	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 583	48 165	46 583	46 710	46 873	48 356	48 165	48 193	48 348	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 832	16 674	16 832	16 845	16 930	16 590	16 674	16 629	16 598	
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	57 188	60 676	57 188	56 953	57 050	59 895	60 676	60 464	60 724	
Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	36 452	40 896	36 452	36 298	36 520	40 342	40 896	40 693	41 093	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 834	32 511	28 834	28 802	29 946	32 340	32 511	32 866	33 040	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	7 618	8 386	7 618	7 495	7 574	8 001	8 386	7 826	8 053	
Spareinlagen	Mill. DM	20 736	20 080	20 736	20 654	20 530	19 554	20 080	19 771	19 631	
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 095	4 103	3 528	.	.	.	4 103	.	.	
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	1 074	3 786	3 420	.	.	.	3 786	.	.	
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN											
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	53	59	52	54	84	54	49	66	56	
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	2	-	-	-	-	-	-	
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	156	142	139	123	117	145	143	
Wechselsumme	Mill. DM	1,1	1,0	1,0	1,0	0,8	1,1	0,9	
STEUERN											
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART				Vierteljahres- durchschnitt	4.Vj.88			4.Vj.89			
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 893,2	3 099,1	3 318,7	-	-	-	3 428,3	-	-	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 016,4	2 178,7	2 430,5	-	-	-	2 539,4	-	-	
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 466,4	1 574,5	1 750,5	-	-	-	1 874,0	-	-	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	303,6	349,4	400,9	-	-	-	433,5	-	-	
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	45,2	71,6	36,0	-	-	-	32,6	-	-	
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	201,3	183,3	243,0	-	-	-	199,3	-	-	
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	866,8	920,3	888,2	-	-	-	888,8	-	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	503,0	519,2	465,2	-	-	-	477,6	-	-	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	363,7	401,1	423,0	-	-	-	411,2	-	-	
Bundessteuern	Mill. DM	130,5	142,6	143,6	-	-	-	154,6	-	-	
Zölle	Mill. DM	0,1	0,0	0,1	-	-	-	-	-	-	
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	115,0	122,8	133,0	-	-	-	142,4	-	-	
Landessteuern	Mill. DM	192,9	212,2	204,4	-	-	-	213,3	-	-	
Vermögensteuer	Mill. DM	34,8	35,8	39,9	-	-	-	37,4	-	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	80,8	92,1	70,8	-	-	-	82,5	-	-	
Biersteuer	Mill. DM	6,9	6,9	6,6	-	-	-	6,9	-	-	
Gemeindesteuern	Mill. DM	308,7	334,0	314,5	-	-	-	340,7	-	-	
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,8	7,6	-	-	-	7,2	-	-	
Grundsteuer B	Mill. DM	71,4	76,9	60,6	-	-	-	72,4	-	-	
Gewerbesteuer	Mill. DM	220,9	238,0	238,6	-	-	-	248,7	-	-	
nach Ertrag und Kapital (brutto)											
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 488,0	1 620,0	1 713,9	-	-	-	1 780,8	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,4	860,0	955,0	-	-	-	1 008,4	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563,4	598,2	577,3	-	-	-	577,8	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	37,9	-	-	-	40,0	-	-	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 638,5	1 734,2	1 851,4	-	-	-	1 967,0	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	945,7	998,8	1 126,6	-	-	-	1 157,2	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	482,2	503,9	482,5	-	-	-	556,5	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	37,9	-	-	-	40,0	-	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	557,7	611,2	860,9	-	-	-	939,8	-	-	
Gewerbesteuer	Mill. DM	185,5	199,4	162,8	-	-	-	168,7	-	-	
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	284,4	315,8	622,2	-	-	-	678,1	-	-	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM										

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1988	1989	1988/89			1989/90				
			Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1985 = 100										
Einfuhrpreise	80,8	84,4	82,3	83,9	84,0	83,4	83,0	82,5
Ausfuhrpreise	99,3	102,1	100,6	101,4	101,6	102,0	101,6	101,7
Grundstoffpreise ⁶⁾ 1980 = 100	102,2	...	104,9	106,6	106,8	107,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	96,3	99,3	97,2	98,2	98,4	100,0	100,0	100,1
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾ 1980 = 100	94,0	...	99,1	97,9	99,1	p 103,7	p 103,6
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100	121,2	125,5	.	.	123,4	127,1
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾ 1980 = 100	104,9	...	106,9	108,3	108,7	109,7	110,1
Einzelhandelspreise 1980 = 100	118,5	121,1	119,0	119,8	120,2	121,7	122,2	122,5	123,0	...
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	101,4	104,2	102,1	103,0	103,4	104,9	105,2	105,8	106,2	...
darunter für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100,3	102,6	100,7	101,3	101,9	103,1	103,6	104,4	105,3	...
Bekleidung, Schuhe	104,5	106,0	105,0	105,3	105,4	106,5	106,6	106,6	106,7	...
Wohnungsmieten	105,6	108,8	107,1	107,4	107,7	109,9	110,1	110,6	111,0	...
Energie (ohne Kraftstoffe)	78,1	82,0	78,0	80,6	80,6	83,9	85,8	85,7	83,5	...
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	103,3	104,9	103,7	104,0	104,1	105,7	105,8	106,1	106,3	...
LÖHNE UND GEHALTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	764	785	.	765
darunter Facharbeiter	798	827	.	806
weibliche Arbeiter	536	552	.	539
darunter Hilfsarbeiter	508	526	.	511
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	18,78	19,44	.	18,98
darunter Facharbeiter	19,71	20,49	.	20,00
weibliche Arbeiter	13,62	14,07	.	13,71
darunter Hilfsarbeiter	12,90	13,34	.	12,98
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,6	40,4	.	40,3
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,3	39,2	.	39,3
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 609	4 759	.	4 699
weiblich	3 159	3 285	.	3 206
Technische Angestellte										
männlich	4 699	4 849	.	4 733
weiblich	3 075	3 217	.	3 120
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 690	3 831	.	3 798
weiblich	2 529	2 634	.	2 608
Technische Angestellte										
männlich	3 648	3 772	.	3 616
weiblich	(2 578)	(2 653)	.	(2 632)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 986	4 126	.	4 087
weiblich	2 708	2 823	.	2 782
Technische Angestellte										
männlich	4 631	4 779	.	4 655
weiblich	3 064	3 205	.	3 111

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
1984	12	16	13	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	8	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 128 ^{a)}	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	...	p 11 087	p 5 492	p 1 725	p 9 278	3 193	379	17 181	724

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Sozialhilfe				Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraftfahräder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte	Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	insgesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt		
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM	
1984	1 245	52	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8	
1985	1 265	54	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	84,8 ^{b)}	66,9	
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7	
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2	
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	...	77,7	

Jahr	Steuern ⁷⁾							Fundierte Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 8)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter								
	Erzeugerpreise ⁹⁾		für Wohngebäude 1980 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 10) 1980 = 100	Industriearbeiter ¹¹⁾				Angestellte in Industrie 11) und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1980 = 100			insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
							Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte			
1984	97,6	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454	
1985	100	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530	
1986	97,5	97,2	116,2	120,7	117,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616	
1987	95,1	93,9	118,6	121,0	117,0	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703	
1988	96,3	94,0	121,2	122,4	117,2	764	536	3 986	2 708	4 631	3 686	2 767	

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Die Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein 8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 10) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 11) einschließlich Hoch- und Tiefbau 12) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) Volkszählung 25. 5. 1987 b) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 9. 1989			Bevölkerungsveränderung im September 1989			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1990 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLENSBURG	86 217	+ 0,2	+ 0,3	- 1	134	133	20	-	21
KIEL	242 036	+ 0,1	+ 1,1	- 6	258	252	109	-	135
LOBECK	211 636	+ 0,1	+ 0,5	- 59	206	147	91	-	115
NEUMONSTER	79 694	+ 0,1	+ 0,1	2	38	40	45	1	57
Dithmarschen	127 261	+ 0,0	- 0,0	- 35	51	16	52	1	72
Hzgt. Lauenburg	155 445	+ 0,1	+ 0,7	8	177	185	66	4	98
Nordfriesland	150 449	+ 0,1	+ 0,4	19	139	158	80	3	114
Ostholstein	185 538	+ 0,2	+ 0,8	- 18	296	278	69	-	88
Pfenneberg	264 167	+ 0,1	+ 0,8	62	178	240	130	2	159
Plön	116 768	+ 0,1	+ 0,2	16	84	100	59	3	76
Rendsburg-Eckernförde	243 534	+ 0,1	+ 0,3	- 21	162	141	131	5	178
Schleswig-Flensburg	177 620	+ 0,1	+ 0,8	44	58	102	69	1	110
Segeberg	216 341	+ 0,2	+ 1,1	22	317	339	123	3	164
Steinburg	126 146	+ 0,0	+ 0,3	- 34	73	39	63	1	69
Stromarn	195 611	+ 0,1	+ 0,7	- 10	206	196	94	3	125
Schleswig-Holstein	2 578 463	+ 0,1	+ 0,6	- 11	2 377	2 366	1 201	27	1 581

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 1. 1990		
	Betriebe am 31. 1. 1990	Beschäftigte am 31. 1. 1990	Umsatz ⁴⁾ im Januar 1990 Mtl. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner 7)
FLENSBURG	68	9 151	181	39 336	35 283	409
KIEL	129	22 192	501	110 601	99 194	410
LOBECK	138	20 411	266	93 549	83 861	396
NEUMONSTER	78	10 617	131	40 016	35 595	447
Dithmarschen	71	6 780	318	75 339	61 452	483
Hzgt. Lauenburg	107	8 660	118	89 752	77 960	502
Nordfriesland	60	3 377	63	90 703	74 379	494
Ostholstein	85	6 299	117	103 170	89 120	480
Pinneberg	196	21 037	389	147 943	129 765	491
Plön	45	2 691	46	67 538	57 340	491
Rendsburg-Eckernförde	122	10 001	165	142 140	120 045	493
Schleswig-Flensburg	82	5 149	126	105 899	86 698	488
Segeberg	185	18 829	376	140 203	120 979	559
Steinburg	81	8 669	179	74 027	61 387	487
Stromarn	170	18 244	378	118 148	104 354	533
Schleswig-Holstein	1 617	172 107	3 355	1 438 364	1 237 412	480

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1989 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 30. 9. 1989

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1989		Arbeitsmarkt				*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 28. 2. 1990	Kurzarbeiter Monatsmitte Februar 1990	offene Stellen 28. 2. 1990	Schweine insgesamt am 3. 12. 1989	Rindvieh am 3. 12. 1989	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
		in %							
Schleswig-Holstein	2 566,8	+ 0,5	+ 0,4	113,5	9,3	8,0	1 540	1 481	481
Hamburg	1 606,1	+ 0,8	+ 0,6	83,6	4,6	7,1	5	11	2
Niedersachsen	7 190,8	+ 0,4	+ 0,4	315,8	16,8	29,6	7 172	3 244	990
Bremen	662,3	+ 0,3	+ 0,4	42,6	2,5	3,0	4	16	4
Nordrhein-Westfalen	16 901,9	+ 1,1	+ 0,8	687,2	19,4	64,2	5 996	1 944	551
Hessen	5 577,1	+ 1,3	+ 0,8	150,7	9,3	23,2	1 033	722	242
Rheinland-Pfalz	3 657,4	+ 0,7	+ 0,6	109,8	6,3	13,5	533	552	192
Baden-Württemberg	9 459,7	+ 1,9	+ 1,2	188,3	10,3	70,1	2 227	1 625	600
Bayern	11 068,5	+ 1,5	+ 0,9	316,6	17,5	68,5	3 706	4 891	1 844
Saarland	1 054,3	- 0,1	+ 0,1	46,2	3,3	3,6	35	68	22
Berlin (West)	2 074,9	+ 3,1	+ 1,8	98,3	5,9	10,8	3	1	0
Bundesgebiet	61 819,9	+ 1,2	+ 0,8	2 152,5	105,1	301,5	22 165	14 563	4 929

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im November 1989	
	Beschäftigte am 30. 12. 1989 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Dezember 1989		Beschäftigte am 30. 11. 1989		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Anzahl	je 10 000 Einwohner ⁴⁾
Schleswig-Holstein	172	3 752	22	40	16	677	2,6
Hamburg	135	7 894	14	21	13	460	2,9
Niedersachsen	657	14 988	35	108	15	2 680	3,7
Bremen	77	2 516	37	10	16	119	1,8
Nordrhein-Westfalen	1 969	38 914	31	233	14	4 270	2,5
Hessen	638	12 261	28	89	16	1 647	3,0
Rheinland-Pfalz	376	8 135	37	60	16	1 231	3,4
Baden-Württemberg	1 470	28 675	33	168	18	5 589	5,9
Bayern	1 394	24 433	34	237	21	5 055	4,6
Saarland	137	2 373	33	17	16	215	2,0
Berlin (West)	164	4 544	13	35	17	354	1,7
Bundesgebiet	7 190	148 484	31	1 018	16	22 297	3,6

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 7. 1989			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Dezember 1989				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 10. 1989 in DM je Einw. 4)	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		im 3. Vierteljahr 1989		
		Anzahl	je 1 000 Einwohner 4)						des Landes	des Bundes	der Gemeinden
								in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	1 419	1 218	474	1 231	35	1 656	137	7 666	681	620	236
Hamburg	734	661	411	830	20	1 086	133	10 361	994	4 207	502
Niedersachsen	4 037	3 442	479	3 493	114	4 568	134	9 202	679	677	236
Bremen	305	275	415	316	3	375	120	10 476	773	1 383	386
Nordrhein-Westfalen	8 878	7 914	468	6 535	120	8 353	130	9 847	795	1 162	320
Hessen	3 285	2 851	511	2 459	78	3 236	135	11 630	830	1 072	345
Rheinland-Pfalz	2 192	1 848	505	1 513	45	2 048	138	10 736	698	728	267
Baden-Württemberg	5 605	4 752	502	3 550	100	4 866	140	11 953	816	994	310
Bayern	6 726	5 489	496	4 797	159	6 625	141	12 315	781	880	285
Saarland	600	534	506	482	8	684	144	9 722	674	667	217
Berlin (West)	820	718	346	700	18	1 003	146	8 759	548	1 911	173
Bundesgebiet	34 704	29 755	481	26 281	716	34 964	136	10 641	770	1 097	297

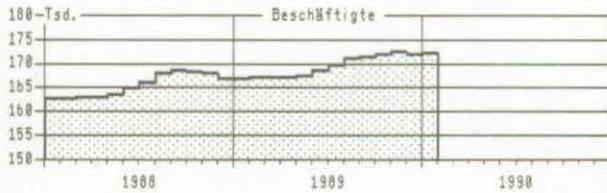
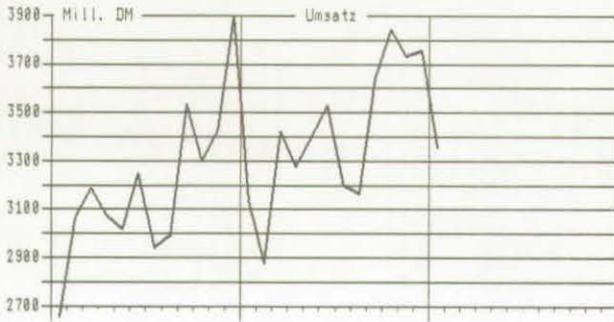
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Endgültige Werte 4) Bevölkerungsstand am 31. 3. 1989
 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichen Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn
 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

Entwicklung im Bild

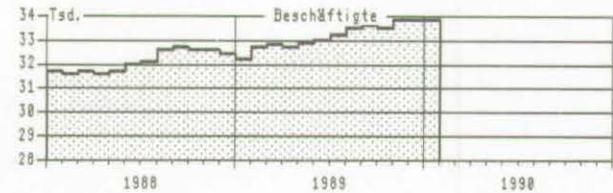
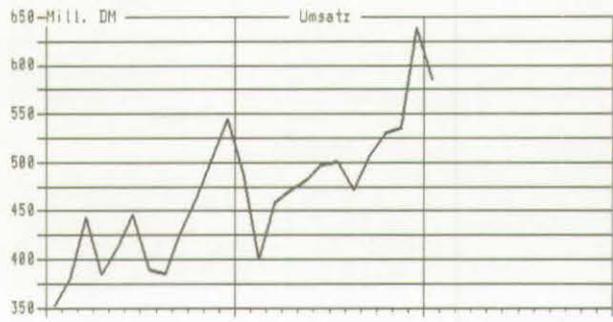
D 5849-B Stat. LA S-H

Verarbeitendes Gewerbe

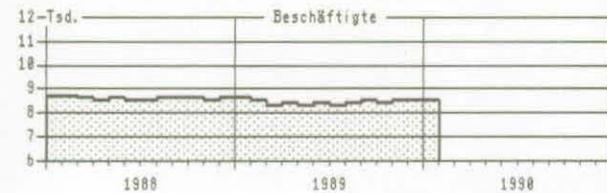
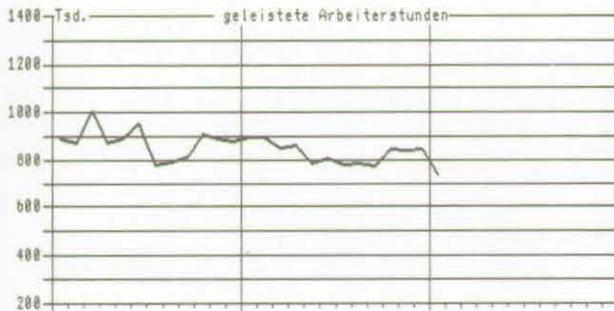
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



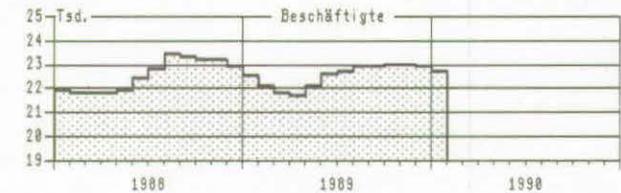
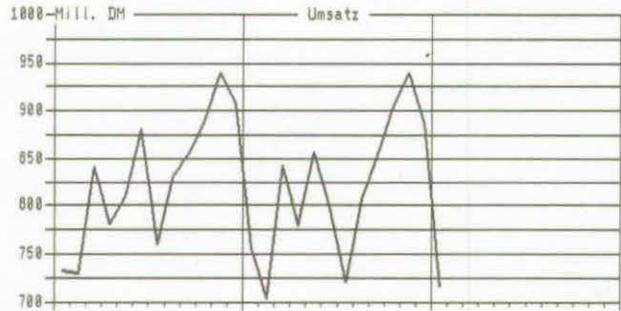
darunter Maschinenbau



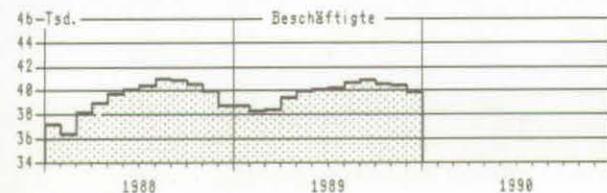
darunter Schiffbau



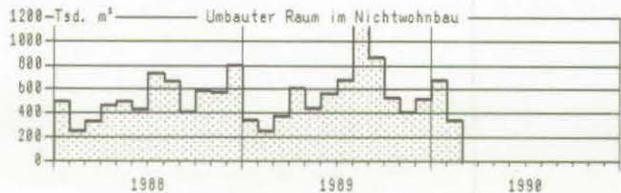
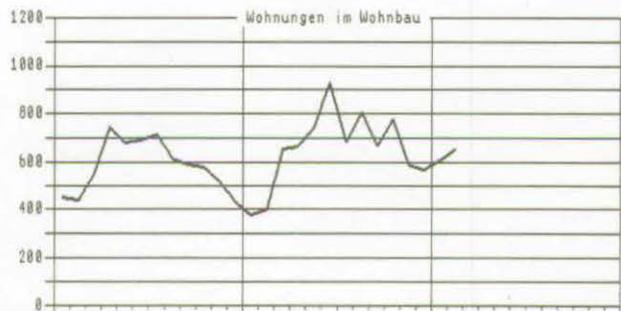
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -